

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Erausgeber: Joh. Staniugh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besehbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreizehnpennige Zeitzeile oder deren Raum 30 S.

Die Pflicht ruft jeden Kollegen zur Mitarbeit an der Flugblattverbreitung und Hausagitation.

Inhalt: Zur Agitation. — Grundzüge der gegenwärtigen Weltlage. — Schutz der Lohnforderungen der Bauarbeiter. — Sozialdemokratischer Parteitag. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Die Bauwirtschaft im ersten Halbjahr 1908. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Bekanntmachungen der Bauverbände. — Berichte. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterkündigung, Subventionen etc. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus anderen Berufen: Generalversammlungen. — Polizei und Gerichte. — Verschickenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Die Verwilderung am Kölner Dom.

Zur Agitation.

Der zehnte Verbandstag hat einem Vorschlage des Verbandsvorstandes zugestimmt, wonach in der ersten Hälfte des Oktober im ganzen Verbandsgebiete Versammlungen stattfinden sollen, in denen die mit der Wirtschaftskrise verknüpften Erscheinungen, ihre Ursachen und Wirkungen, einer recht gründlichen Besprechung unterzogen werden sollen. Wir begrüßen diesen Beschluß mit Freuden und sehen darin ein konsequentes Weiterstreben auf dem altbewährten Wege, den Gesichtskreis der Verbandsmitglieder zu erweitern, ihre Kenntnis von den Triebkräften im Wirtschaftsleben der Gegenwart und damit ihre Einsicht in die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes zu vertiefen. Wir dürfen uns durchaus nicht verhehlen, wie sehr notwendig das ist. Gerade die letzten Jahre haben uns handgreiflich gezeigt, daß noch vielen — sehr vielen Kollegen das Augenmaß für die uns umgebenden Zustände fehlt, daß ebenso viele Kollegen auch nicht zu beurteilen verstanden, welchen Einfluß diese Zustände auf die Entschlüsse einer Kampforganisation ausüben. Das ist zwar an sich tiefbedauerlich, aber es ist nichtsdestoweniger erklärlich. Ein Blick auf die Entwicklung unserer Organisation zeigt uns, daß es kaum anders sein kann. Rund die Hälfte aller Mitglieder gehört dem Verbands seit weniger als fünf Jahren an. Ehe diese Kollegen zu uns kamen, war ihnen die Arbeiterbewegung, waren ihnen die wirtschaftlichen Zusammenhänge fremd. Erst langsam konnte beides ihrem Verständnis näher gebracht werden. Diesem Zwecke sollen auch die Versammlungen dienen, deren Agitationswert gerade in ihrer aufklärenden Wirkung liegen soll.

Die Aufklärung, das Erkennen dessen, was ist, ist immer die beste Agitation. Die freie Entschliessung, emporsteigend aus der Einsicht in das Notwendige, soll uns die Kämpfer zuführen. Daß das nicht immer der Fall gewesen ist, daß oft nur augenblickliche Stimmungen oder momentane Bedürfnisse die Kollegen zur Organisation geführt haben, mußten wir in der gegenwärtigen Zeit der Geschäftsfloßung wieder des öfteren erfahren. Unsere Mitgliederzahl, die am Schlusse des Jahres 1907 bis auf 180 700 gestiegen war, hat sich in den ersten zwei Quartalen dieses Jahres trotz mehr als 19 000 Kenaufnahmen weiter um rund 1000 verringert. Wenn sich nun auch vieles aus der schwächeren Beschäftigung erklärt (wir verweisen hierzu auf den in dieser Nummer enthaltenen Bericht über die Bauwirtschaft im Gau Berlin), so dürfen wir aber nicht alles auf dies eine Konto buchen. Nein: viele Mitglieder sind uns abtrünnig geworden, weil sie den Wert der Organisation nicht voll erfasst hatten, weil ihnen die Organisation nicht genug galt, um auch unter den schwierigeren Bedingungen die Mitgliedschaft anstrengt zu erhalten. An diesem Punkt muß der Gebel angelegt werden.

Unsere Agitation muß die Mitglieder überzeugen, daß die Organisation in keiner Zeit nötiger ist als in den Zeiten wirtschaftlichen Niederganges.

Die Wissenschaft von den Triebkräften der Gesellschaft und die tägliche Erfahrung lehren uns gleichermaßen, daß dem Unternehmertum das Bestreben innewohnt, die Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen mehr und mehr herabzuschrauben. Die Handlungen jedes Menschen sind im Erwerbsleben von seinen Interessen beherrscht; er regelt sein Tun und Lassen unter dem Gesichtswinkel seines persönlichen Vorteils. So ist es beim Arbeiter, so ist es beim Kapitalisten. Das wirtschaftliche Interesse ist der mächtigste Regulator des menschlichen Willens. Darum trachtet der Unternehmer danach, seine Waren möglichst billig herzustellen und möglichst teuer zu verkaufen. Je mehr ihm dies Streben glückt, um so größer ist sein Vorteil. Sind dem Unternehmer in der Steigerung des Preises seiner Waren Schranken gezogen, kann er nach dieser Richtung seinen Vorteil nicht erhöhen, so wird er es mit der Verringerung der Produktionskosten versuchen und hierbei zunächst daran denken, den Arbeitslohn zu verkürzen; denn das ist ihm das Nächstliegende. Dies Bestreben des Unternehmertums hat zur Aufstellung der sogenannten Verelendungstheorie geführt, wonach sich die Lage der arbeitenden Klassen unter der Herrschaft des Kapitalismus fortwährend verschlechtert. Soweit damit ein dem Kapitalismus innewohnender Wille gekennzeichnet werden soll, ist diese Theorie heute noch so richtig wie vor vierzig Jahren. Aber als Tatsache können wir sie nicht mehr hinnehmen.

Der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Arbeiter hat das Streben der Unternehmer, nach Verringerung der Löhne aufzuhalten und zurückdrängen können. Die Bewegung des Lohnes in den letzten Jahrzehnten war nicht abwärts sondern aufwärts gerichtet, und wenn wir ihr im einzelnen folgen, so werden wir in jedem Falle sehen, daß das die Folge des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses war. Damit ist aber der Wille des Unternehmertums, die Arbeitslöhne zu verringern, keineswegs beseitigt, dies Bestreben besteht nach wie vor, und es wird in demselben Maße Erfolg haben, wie die Widerstandskraft der Arbeiter nachläßt. Damit sprechen wir ganz allgemein bekannte Wahrheiten aus. Bekanntlich verringert eine Wirtschaftskrise, wie wir sie augenblicklich haben, die Widerstandskraft der Arbeiter ganz bedeutend. Zu derselben Zeit aber, wo sich dies bemerkbar macht, treten die Verelendungstendenzen des Kapitals hervor: im Frühjahr hatten wir fast in jeder Nummer des „Grundstein“ über Versuche der Unternehmer zu berichten, die Löhne zu verkürzen, die Arbeitszeit zu verlängern; in einzelnen Fällen forderte man sogar den Austritt aus der Organisation. Fassen wir diese Erfahrungen in einen kurzen Satz zusammen:

Das Unternehmertum hat das Bestreben, die Arbeitsbedingungen und damit die gesamte Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu verschlechtern. Dies Bestreben kann nur dadurch aufgehalten und zurückgedrängt werden, daß sich die Arbeiterschaft zu starken Organisationen zusammenschließt, um ihre Widerstandskraft zu erhöhen. Da aber jede Krise durch die damit verbundene Arbeitslosigkeit die Machtmittel der Unternehmer in demselben Maße vermindert, wie sie die Machtmittel der Arbeiter verringert, so ergibt sich daraus, daß die Arbeiter gerade in solchen Zeiten die Organisation zu

stärken und zu vervollkommen haben, um die Verschlechterung ihrer Machtstellung wieder auszugleichen.

Diese Einsicht ist es, die wir unter den Kollegen zu verbreiten haben. Und besonders gilt es, das unter den Unorganisierten zu tun. Das wird natürlich nicht allein durch die Versammlungen möglich sein, schon weil sie die unorganisierten Kollegen kaum in größerer Anzahl besuchen werden. Um so mehr müssen wir versuchen, bei der Bauten- und Hausagitation an diese Kollegen heranzukommen und ihnen ihre Pflichten in der gegenwärtigen Zeit klar zu machen. Dieser Aufgabe sollte sich jedes Verbandsmitglied unterziehen, und um ihr gewachsen zu sein, sollte jedes Mitglied die Versammlungen besuchen, um sich das dazu nötige Wissen zu erwerben.

Bedarf es noch weiterer Worte, um die Wichtigkeit unserer diesjährigen Herbstagitation zu beweisen? Wir glauben nicht; aber wir glauben noch einige Ausführungen über den Versammlungsbesuch im allgemeinen machen zu müssen. In den Berichten begegnen wir fast überall den Klagen über die Teilnahmslosigkeit der Kollegen. Große Zweigvereine mit mehreren tausend Mitgliedern haben manchmal Generalversammlungen, die in einer geräumigen Gaststube abgehalten werden könnten. In kleineren Ortsvereinen ist es nicht viel besser, wenn das Mißverhältnis auch nicht so arg ist wie bei den größeren. Das müssen wir ganz entschieden tadeln, um so mehr tadeln, da die Maßnahmen unserer Organisation abhängig sind von den Entschliessungen der Masse der Mitglieder. Bei uns gibt es keine ungleichen Rechte; jedes Mitglied, das älteste und erfahrene wie das jüngste und unerfahrenste hat, abgesehen von der Karenzzeit bei den Unterstufungen, das gleiche Maß an Rechten. Vor allem hat jedes Mitglied das Mitbestimmungsrecht über Lohnbewegungen, und selbst schwerwiegende taktische Fragen werden durch die Masse der Mitglieder entschieden. Aus diesem Recht ergibt sich aber auch die Pflicht aller Mitglieder, sich über alles, was in der Organisation vorgeht, was den Interessentkreis der Organisation berührt, zu unterrichten. Wie kann jemand, der sich vorher um die die Organisation bewegenden Fragen nicht bekümmert hat, anders als durch Raune und Stimmung entscheiden? Und nun denke man an die wichtigen Entscheidungen, die wir schon fällen mußten, die wir in Zukunft vielleicht noch viel mehr fällen müssen. Gerade im Hinblick hierauf erscheint uns eine Mahnung zum besseren Versammlungsbesuch notwendig; denn es könnte der Organisation und damit der Gesamtheit der Kollegen einmal zum schweren Schaden gereichen, wenn unsere Kampfmaßnahmen gegen das Unternehmertum von Mitgliedern abhängig wären, die in ihrer Mehrheit keine Ahnung von den Bedingungen unseres Kampfes haben. Darum gerade begrüßen wir den Beschluß des Verbandstages, die Aufklärungsarbeit in diesem Herbst auf breiter Grundlage zu betreiben. Die Kollegen aber müssen nun dafür sorgen, daß diese Belebung der Organisation auch ihren Zweck erfüllt. Sie müssen vollständig zu den Versammlungen erscheinen und auch bei den für sie erreichbaren Unorganisierten für die Sache der Organisation wirken. Dann werden wir nachher mit Stolz sagen können: Der Appell an das Pflichtgefühl der Kollegen hat gewirkt, die Versammlungen waren überfüllt und ihr Verlauf ist uns vortrefflich dafür, daß die Organisation die gegenwärtige Krise überleben wird, ohne an ihrer Kampffähigkeit Schaden zu leiden.

Warum müssen wir alle, Mann für Mann, die ausgeschriebenen Agitations-Versammlungen besuchen?

Grundzüge der gegenwärtigen Weltlage.

III.

Wir wenden uns zurück zu dem Ausgangspunkte unserer Betrachtung. In seinem Buche „Kollissionen und Kollationen“ legt der französische Nationalökonom E. Bosc dar, worauf wir ja auch bereits hingewiesen haben, daß die neuen Produktionsbedingungen unter der Herrschaft der Großindustrie die technischen Fortschritte des Maschinenwesens, die Entwicklung des Kredits, notwendigerweise zu einer stetig zunehmenden Verschärfung der Konkurrenz zu inneren zahlreicheren und heftigeren Produktionskrisen führen müsse. „So entspinnt sich“, sagt dieser Autor, „zwischen den Völkern ein wahrer Verweisungskampf um die Eroberung und Erhaltung der Absatzgebiete. In diesem Kampf ums Dasein bemüht sich jeder Staat, seinen eigenen Markt zu wahren, wobei er alle Mühe aufwendet, seine Produktion nach den fremden Märkten zu werfen.“ Daraus ergibt sich die immer zunehmende Wichtigkeit der handelspolitischen Fragen. Eine Folgewirkung dieses Zustandes ist auch die, daß Bemühungen, Wirtschaftsbündnisse zu Stande zu bringen, sich seit Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts mehr und mehr bemerkbar machen.

Das Auswachen der amerikanischen Konkurrenz und die „Bedrohung des europäischen Wirtschaftslebens“ durch die „gelbe Gefahr“, d. h. durch die immer stärker hervortretende Konkurrenz der zur modernen Kultur übergegangenen oder mehr und mehr zu ihr übergehenden Länder Ostasiens (Japan, China), hat den Gedanken eines kollationistischen Zusammenschlusses der mitteleuropäischen Staaten die „See der Vereinigten Staaten von Europa“ erweckt.

Die Vereinigten Staaten Amerikas verfolgen konsequent die Tendenz, ein Pan-Amerika, die wirtschaftliche Einigung des gesamten amerikanischen Kontinents, ein Weltreich als in sich abgeschlossenes und von der übrigen Kulturwelt unabhängiges Wirtschaftsgebiet zu schaffen. Ihre großartige wirtschaftliche Entwicklung gibt dieser Tendenz einen gewaltigen Nachdruck. Sie exportieren nicht nur ungeheure Mengen von Getreide, auch die Ausfuhr ihrer Industrieerzeugnisse weist ein gewaltiges Wachstum auf. Während der Wert dieser Ausfuhr im Durchschnitt der Periode 1887/1897 jährlich M. 163 000 000 betrug, berechnete er sich im Jahre 1907 auf weit über M. 600 000 000. Der nordamerikanische Nationalökonom Flint sprach vor einigen Jahren das stolze Wort: „Wir sind das erste Industrieland der Welt!“ Dieses Wort, das man in Europa vielfach als Ueberhebung bezeichnet hat, verdient sehr ernste Beachtung. Jedenfalls stehen die Vereinigten Staaten von Nordamerika im Stadium einer Entwicklung, welche die Ueberzeugung rechtfertigt, daß ihr Wettbewerb auf dem Weltmarkt unbedenkbar ist. Die Amerikaner sind fest davon überzeugt, daß ihnen der industrielle und kom-

merzielle Triumph über alle anderen Länder zufallen wird. Sie verweisen auf die Naturkräfte ihres Landes, auf die der Industrialismus anderer Länder in erheblichem Maße angewiesen ist, sowie auf die von ihnen bewiesene Begabung, in der Veredlung des Maschinenwesens, der Produktionstechnik überhaupt und in der industriellen Konzentration Großes zu leisten.

Aus dem wirtschaftlichen Aufschwung der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt sich die Verschärfung, daß alle Länder Europas, die auf dem Weltmarkt mitkonkurrieren, von der „amerikanischen Gefahr“ bedroht sind. Hinzu kommt, daß die Vereinigten Staaten dazu gelangt sind, sich sehr stark an der weltmachtpolitischen Konkurrenz auch in der Hinsicht zu beteiligen, daß sie sich bemühen, ihre politische Machtphäre zu erweitern.

Was die „gelbe Gefahr“ anlangt, so ist zunächst auf die Tatsache hinzuweisen, daß Japan einen ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung genommen hat, nachdem es seit wenigen Jahrzehnten zur modernen Kultur übergegangen ist. Es verdankt diese Entwicklung wesentlich mit europäischer und amerikanischer Kapitalmacht und Intelligenz. Nun trägt es seinerseits mit dazu bei, daß China, das „gewaltige Reich der Mitte“, dieselbe Entwicklung nimmt. Das wirtschaftliche Expansionsbedürfnis, dem weltmachtpolitische Interessen sich engstens verbinden, hat die europäischen Staaten und Amerika nach China geführt, nach dem Lande, von welchem bis vor kurzem die Meinung galt, daß es „verdorrt in einer urtümlichen, entwicklungsunfähig gewordenen Kultur“, dem Lese verfallen sei, von den Mächten der modernen Kultur einem Aufstellungsprozeß unterworfen sei, Kolonialgebiete für die Weltmachtstaaten abzugeben. England, Frankreich, Amerika, Rußland, Deutschland und schließlich noch Japan treten als Konkurrenten auf, einzig in dem Einzelfeld ihrer Wünsche und Bestrebungen, die auf die Erreichung eines möglichst großen Vorteils gerichtet sind, aber doch in ihrem inneren Wesen stark divergierende Elemente. Die Staaten Europas bilden keine wirtschaftlich politische und kulturelle Einheit. Ihre gegenseitigen Beziehungen stellen eine Unsumme von widerstreitenden Interessen, von geheimer Befehdung und offener Feindseligkeit, von Haß, Neid, Intriguen und mühsam bemäntelten, tiefgehenden Konflikten dar. Rußland und Amerika, beides Staatsgebiete von riesigen Dimensionen, bilden jedes eine Welt für sich, jenes noch halb barbarisch, aber der Kulturentwicklung fähig, dieses wirtschaftlich und allgemein kulturell erfolgreich mit den europäischen Mächten konkurrierend, reich an noch uneröffneten Hülfquellen, und in technischen und anderen praktischen Leistungen Rußland unendlich überlegen, Europa gegenüber mindestens gleich stark.

Endlich Japan, das „asiatische Nestkäse der modernen Zivilisation“. Da ist vor allen Dingen die Rassenverwandtschaft der Japaner und der

Chinesen nicht zu unterschätzen. Für diese beiden Völker liegt es unter dem Gesichtspunkte einer wirtschaftlichen und politischen Interessensolidarität nahe, Europa und Amerika gegenüber die Kampfsparole auszugeben: „Asien den Asiaten“, genau so wie der Pan-Amerikanismus verkündet „Amerika den Amerikanern“. Was man unter der gelben Gefahr versteht, das ist in der Hauptsache die japanische und chinesische Union, der wirtschaftliche und politische Zusammenschluß der Völker der gelben Rasse auf dem Boden moderner Kultur. Chinas und Japans Bevölkerung wiegt die Bevölkerung Europas an Zahl auf und übertrifft sie an Arbeitsfähigkeit in vielen Stücken. Was japanische Intelligenz und Tatkraft vermag, hat die Welt bereits erfahren, und die chinesische Intelligenz und Tatkraft wird nicht hinter ihr zurückbleiben, sobald sie, geleitet von der Erkenntnis der Bedeutung moderner Produktions- und Verkehrswege, erfaßt vom Regenerationstrieb, sich ein modernisiertes China zum Ziele setzt. Wenn China im Bunde mit Japan seine Volksträfte auf moderner Grundlage entfaltet, dann werden Europa und Amerika gleichermaßen mit dieser Macht zu rechnen und sich abzumessen haben. Die Frage ist nur, wie das geschehen wird, friedlich oder auf dem Wege blutiger Gewaltaktionen.

Wir stehen da vor der die ernsteste Beachtung herausfordernden Tatsache, daß Europa und Amerika den kulturständigen Völkern im fernsten Osten erst das Beispiel der Kulturentwicklung geben; daß sie dann, dem Expansionsbedürfnis folgend, die Vortätigkeit ihrer wirtschaftlichen Kraft und ihrer Intelligenz auf jene Länder übertragen, um den Samen moderner Kultur auszustreuen; daß das kapitalistische Interesse sich dorthin verpflanzt, um Land und Menschen seinen Zwecken dienstbar zu machen — und daß schließlich, wenn der Same aufgeht und die Frucht gedeiht, die ältere Kulturmacht, die das bewirkt hat, eifersüchtig und neidisch auf ihren Erbsproß, die junge Kulturmacht, blickt und sie hindern möchte an freier Entfaltung zur wirtschaftlichen Selbständigkeit, Ebenbürtigkeit und Konkurrenzfähigkeit. Das mußte Amerika vor seinen Europas, das ihm alle Kulturelemente geliefert hat, erfahren, das erfährt jetzt Ostasien von seinen Europas und Amerikas. Es entspricht dem Wesen des kapitalistischen Interesses, daß es nicht deshalb die Ländergrenzen durchdringt, nicht deshalb den unbeschränkten Internationalismus für sich in Anspruch nimmt, nicht deshalb kolonisiert und kultiviert, um der Kultur einen Dienst zu erweisen, sondern lediglich, um sich selbst zu genügen. Wo der Kapitalismus älterer Kulturmacht auf irgend einem Gebiete seiner Expansionsbestrebungen in seinen Interessen bedroht wird von den als neue Kulturmacht und als Konkurrenzmacht in die Erscheinung tretenden Konsequenzen seines eigenen Wirkens, da trägt er kein Bedenken, sich unter Berufung auf nationale Interessen

Die Verwitterung am Kölner Dom.

Die Tagespresse hat sich in den letzten Jahren mit den baulichen Schäden am Kölner Dome wiederholt beschäftigt und jüngst vielfach die Nachricht verbreitet, die Restaurierungen am Steinwerk des Baues hätten bereits einen solchen Umfang angenommen, daß dieser in seinem Bestande gefährdet sei. Die Mitteilungen sind übertrieben. Sie haben jedoch eine weite Verbreitung gefunden, und es erscheint daher geboten, der Öffentlichkeit, besonders auch den Fachgenossen, über den baulichen Zustand des Domes Aufklärung zu geben.

Nachdem jetzt eine größere Anzahl der wichtigeren Gebäudeteile von einem Gerüste aus eingehend untersucht werden konnte, muß zunächst festgestellt werden, daß durch die bis jetzt aufgetragenen baulichen Schäden das Bauwerk an keiner Stelle in seinem Bestande unmittelbar gefährdet erscheint, und daß daher zu irgendwelchen Befürchtungen wegen der Standsicherheit des Domes oder auch nur eines seiner wichtigsten Teile keine Veranlassung vorliegt. Der Kern des Bauwerks darf als in allen Teilen durchaus gesund und fest bezeichnet werden.

Zunächst hat man sich trotz dieses beruhigenden Ergebnisses der Untersuchungen überlegen müssen, daß die Restaurierungen an den äußeren, besonders den feineren Teilen des Bauwerks, an den Giebeln, Wimpergen, Ornamenten, Figuren usw., ja sogar auch an vielen Stellen der glatten Mauerflächen größer sind, als man bis jetzt angenommen hatte.

Die Verwitterungen zeigen sich nicht nur an den aus dem Mittelalter stammenden Bauteilen, sondern treten auch an dem im vorigen Jahrhundert neu errichteten Rang- und Querhaufe und sogar stellenweise an den neuen Türmen und an den Teilen in der Erscheinung, deren Wiederherstellung vor kaum 20 Jahren abgeschlossen worden

ist. Zu dieser an sich schon überraschenden Tatsache tritt noch hinzu, daß die Restaurierungen sich nicht auf eine bestimmte Steinart beschränken, sondern daß sie die Mehrzahl der vielen Gesteine, die zum Aufbau und zu den Instandsetzungsarbeiten verwendet worden sind, mehr oder weniger ergreifen haben. Da die Verwitterungen bei den verschiedenen Steinarten nicht nur in sehr wechselnder Stärke auftreten, sondern auch in ganz verschiedenen Formen sich zeigen, sollen die Verwitterungserscheinungen an denjenigen Gesteinen, die in größeren Mengen verarbeitet sind, in Kürze besprochen werden.

Für die im Mittelalter errichteten Bauteile, also in erster Linie für den hohen Chor, ist, abgesehen von geringen Mengen Zuffstein, fast ausschließlich das Trachytegestein vom Drachenfels im Siebengebirge verwendet worden. Daß dieses ältere Trachytegestein, das nunmehr fast 700 Jahre den zerstörenden Einflüssen der Witterung, dem Regen, Schnee und Froste ausgesetzt gewesen ist, an den völlig freistehenden und überdies größtenteils sehr reich gegliederten Bauteilen allmählich dem Verfall entgegengeht, dürfte eigentlich nicht befremdend erscheinen. Es ist sogar auffallend, daß sich von diesem Gesteine, das wegen seiner lockeren, porigen Beschaffenheit von vornherein der Verwitterungseinflüssen eine große Angriffsfläche bietet, so viele Werkstücke am Kölner Dome bis auf unsere Tage erhalten haben.

In welchem Maße die Verwitterungen an den aus Trachyt vom Drachenfels gefertigten Bauteilen jetzt vorhanden sind, zeigt anschaulich die rund 5 m hohe Schlussfiale auf dem Mittelpfeiler des zweiten Strebewerkes an der Südseite des Chores. An diesem Stütze ist der Verwitterungsborgang in mehreren Stadien zu beobachten. Der obere Teil des Pfeilers scheint noch ziemlich unberührt zu sein, denn die Krabben sind noch vollständig vorhanden und zum Teil noch in den feinsten Ranten, erhalten; ja

selbst die Scharrier schläge sind auf den Flächen stellenweise noch deutlich erkennbar. Die äußere Haut des Steines ist noch hart und hat im allgemeinen ein gesundes Aussehen. Bei näherer Beschäftigung wird jedoch klar, daß das Werkstück faul und morsch und nicht mehr fern von dem Zusammenbruch ist. Die sich in der Mitte des Steines zeigenden Risse, die mit den Rostentfalten eines ungediegenen Leinwandstückes große Ähnlichkeit haben, sind das sichere Anzeichen dafür, daß der Stein wahrscheinlich schon im nächsten Frühjahr vollständig zerfallen sein wird. Weiter vorgeschritten ist der Verfall an zwei 4,80 m hohen Begleitfialen des mittleren Pfeilers im dritten Strebewerk. Die äußere, harte Rinde ist größtenteils abgefallen, und das Innere ist so morsch, daß es wie die Rinde eines verrotteten Baumstammes zerbröckelt. Die über 1 m hohe Kreuzblume balanciert noch eben auf dem sehr geschwächten Schaft und hat sich bereits nach außen geneigt. Die Krabben haften, wie aufgetriebe, an einer nur ganz dünnen Haut und können bei der leinsten Verührung mit der Hand wie reifes Obst abgepflückt werden. Bei einer anderen schon stark getrimmten Fiale blättern sich über 1 m lange, 20 bis 25 cm breite und 1 bis 1½ cm dicke Schalen ab. Aber nicht allein diese reichgegliederten Teile unterliegen der Zerstörung, sondern auch die glatten Flächen. So zeigt der äußere Pfeiler im ersten Strebewerk bei der ersten Verjüngung Stellen, wo der Stein fast zu Staub zerfallen ist. Auch hier kann man beobachten, daß die Verwitterung zunächst nicht von außen nach innen stattfindet, sondern daß eine äußere, ziemlich feste Rinde, auf der die Scharrier schläge noch sichtbar sind, den Stein als gesund erscheinen läßt, während dieser unter der oft nur ganz dünnen Schale schon mehrere Zentimeter tief zerstört ist.

Der Kölner Dombaumeister Settel hat eine umfangreiche Untersuchung über den Verwitterungsborgang angestellt und besonders auch darüber, wie sich die vielen

Weil Aufklärung nötig ist über den Wert der Organisation in Zeiten der Wirtschaftskrise.

gegen diese Konsequenzen zu erheben. Immer nimmt der Kapitalismus älterer Kulturwelt für sich ein Privileg wirtschaftlicher und politischer Welt Herrschaft als eine Art erworbenen Rechtes gegenüber den durch ihn selbst zur Entfaltung gebrachten fremdländischen Wirtschaftskräften in Anspruch. Und der Kampf, die Bewirkungen, die politischen Spannungen, die Kriegesgefahren, die daraus entstehen, gehören zu den wichtigsten und ernstesten Erscheinungen in der Geschichte der Völkerbeziehungen.

Schutz der Lohnforderungen der Bauarbeiter.

III.

Mit den in den beiden vorhergehenden Artikeln behandelten Fragen: „Ist ein gesetzlicher Schutz der Bauarbeiter gegen Lohnverluste nötig, und wie läßt er sich am treffendsten zum Ausdruck bringen?“ hat sich nun auch der Ende August in Jena abgehaltene Verbandstag des Verbandes Deutscher Gewerbes- und Kaufmannsgerichte beschäftigt. Die Gewerbe-gerichte in erster Linie haben sich ja mit den Klagen der Bauarbeiter zu beschäftigen, und da ist es natürlich von großem Interesse sowohl für die Vorstehenden wie für die Meister dieser Gerichte, zu prüfen, ob zur gerechten Beurteilung der Sache ausreichende gesetzliche Vorschriften und Handhaben schon heute vorhanden sind, oder ob und welche Mittel geschaffen werden sollten. Der Ausschuss des Verbandes, der Gewerbe-gerichte hatte zur Klärung dieser Frage zwei Referenten bestellt: Magistrats Syndikus Dr. Giller-Strankfurt a. M. und unseren Kollegen Fritz Pappele.

Dr. Giller hatte seinem Referat folgende Beisätze zu Grunde gelegt:

1. Die Lohnforderungen der Bauarbeiter sind gesetzlich zu sichern.
2. Der dem Reichstag vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen erfüllt diesen Zweck nicht genügend.
3. Zu wirksamem Schutz ist die Verleihung eines gesetzlichen Pfandborders am Baugrundstück notwendig.
4. Es empfiehlt sich eine gesetzliche Bestimmung, daß bei Weiterverdingung von Bauarbeiten der Vormann zur Entlohnung der bei Ausführung des Gebäudes geleisteten Arbeiten verpflichtet ist, wenn ihm bekannt war oder bekannt sein mußte, daß der Nachmann nicht die erforderlichen Mittel zur Ausführung besitzt oder letzterer nicht als Betriebsunternehmer im öffentlich rechtlichen Sinne anzusehen ist.

Nach einer ausführlichen und sachkundigen Kritik des jetzigen Zustandes, des Gesetzesentwurfes und der daraus zu erwartenden Folgen legte Dr. Giller dar, daß es unzulänglich sei, den Bauarbeiter „in gleicher Weise“ schützen zu wollen wie den Handwerksmeister und Lieferanten. Der Gesetzesentwurf gehe hier von verkehrten Gesichtspunkten aus. Für die Gewährung eines gesetzlichen Schutzes müsse das Schutzbefürnis maßgebend sein. Unter Umständen verliere ein Bauarbeiter mit 60 Lohn-

ausfall doch mehr als ein Handwerker, der an einer Forderung von 10 000 etwa 500 einbüße. Dem Arbeiter müsse also ein größerer und auch ein anders gearteter Schutz zur Seite stehen als dem Warenlieferanten und dem Handwerksmeister.

Aus diesen Gründen sei es auch empfehlenswert, überhaupt einen anderen Weg zum Schutze der Baugläubiger zu suchen, damit nicht — eine unbeabsichtigte Folge des Gesetzes — eine Verlangsamung und Verteuerung des Bauens eintrete. Denn der Apparat des geplanten Gesetzes sei von solcher Kompliziertheit, und alle Aktionen von Bedeutung mit soviel Umständen und Kosten verknüpft, daß darunter das Baugeschehen sehr leiden müsse. Die Schutzmittel für die Baugläubiger müßten zwar so gewählt werden, daß sie ausreichen, aber auch so, daß sie ohne kostspieligen und zeitraubenden Apparat angewandt werden können.

Warum der Schutz der Baugläubiger (Meister) und Lieferanten nicht so intensiv, überhaupt nicht so geartet zu sein braucht, wie der der Bauarbeiters, und wie der Schutz des Arbeiters beschaffen sein muß, setzte der Referent in folgendem auseinander. Die Gläubigersituation des Meisters ist ganz anders beschaffen. Er kann Verluste in gewissem Umfange einstuftieren, wenn auch die Konkurrenz, im besonderen das Submissionswesen, das einschränkt. Er kann sich, wenn die Materialzahlungen schlecht eingehen, mit seiner Lieferung, möglicherweise auch mit der Art der Arbeit hierauf richten. Er hat ferner die jetzt schon oft mit gutem Erfolg angewandte Werkmeisterhypothek des § 648 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Kreditierung bis zu deren Realisation nimmt er oft ohne größeren Schaden auf sich. Er nimmt oft selbst an der Spekulation teil, kann aber auch ohne dies entstandene Verluste durch spätere gute Geschäfte einigermaßen ausgleichen. Da mithin sein Schutzbefürnis nicht so groß ist wie das des Bauarbeiters, sollte man für ihn auch nicht zu dem starken Schutzmittel des Pfandborders am Baugrundstück greifen, sondern versuchen, seinen Schutz außer durch die Werkmeisterhypothek noch auf zwei anderen Gebieten mittelbar zu erreichen, nämlich auf straf- und gewerberechtlichem Gebiete. In letzterer Hinsicht ist ein Anfang bereits gemacht durch die Novelle zur Gewerbeordnung vom 7. Januar 1907, wonach der Betrieb des Gewerbes als Bauunternehmer und Bauleiter bei Unzuverlässigkeit des Betreffenden zu untersagen ist, allerdings nicht denen, die eine Meisterprüfung abgelegt haben. Es muß aber weiter noch die Forderung einer geordneten Buchführung aufgestellt werden. Dabei läge es weniger auf kaufmännische Buchführung im engeren Sinne als darauf an, daß für jeden Bau getrennt Bestellungen, Lieferungen, Verwendungen und Zahlungen ersichtlich wären. Auf strafrechtlichem Gebiete wird es schließlich doch gelingen, nach Analyse einer größeren Zahl von Baufälligkeiten die Begriffsbestimmung des Baubetruges zu finden und ihn als ein besonders mit entsprechender Freiheitsstrafe zu ahndendes Delikt dem Strafgesetzbuch einzufügen. — Diese Maßnahmen würden für den Baugläubiger und auch für den Lieferanten einen halbwegs

ausreichenden Schutz abgeben, wenn sie auch nicht gerade den Eingang der Forderungen verbürgen.

Eines wesentlich härteren und un-mittelbaren, vor allem schneller wirk-samen Schutzes bedarf aber der un-selbständige Bauarbeiter. Er ist auf seinen Verdienst angewiesen; ein Kreditieren ist nicht nur nicht üblich, sondern so ziemlich ausgeschlossen. Unmöglich ist für ihn das Bettmachen erkittener Lohnverluste; die Zeit, auf welche kein Lohn entfällt, ist unüberbrückbar. Darum sollte der Bauarbeiter aber auch nie länger als eine, höchstens zwei Lohnperioden, also in der Regel bis zu vierzehn Tagen, ausbleiben. Arbeitet er trotzdem weiter, dann sollte das Recht, das nur den Wachstamen geschrieben ist, ihn auch nicht weiter in Schutz nehmen. Denn soweit kann der Beruf der Gesetzgebung nie gehen, die Sorge für den richtigen Erhalt des Lohnes den Bauarbeitern abzunehmen. Sie darf ihn vor anderen gewerblichen Arbeitern nur soweit bevorzugen, als die besonderen Verhältnisse im Baugeschehen dies rechtfertigen, und das ist nicht mehr der Fall, wenn er trotz wiederholten Unterbleibens der Lohnzahlung weiter tätig ist. Es ergibt sich also mit einer gewissen Selbstverständlichkeit der Satz, daß die Lohnforderung des Bauarbeiters von Rechts wegen mit einer besonderen Sicherung nur ausgestattet werden sollte, soweit sie in den beiden letzten Lohnzahlungsperioden entstanden ist. Für Affordarbeit wäre eine entsprechende Regelung vorzuziehen, die auch weiter zurückliegende Rückstände berücksichtigen könnte, wenn in angemessener Höhe, vielleicht von 75 pSt., regelmäßige Abschlagszahlungen geleistet wären.

Befürchtet man, so den Schutz der Lohnforderung des Bauarbeiters auf ein vernünftiges Maß, dann steht wegen der Geringfügigkeit der Beträge nichts im Wege, diesen Schutz so intensiv als möglich zu gestalten. Man gewähre deshalb ein gesetzliches Pfandbordersrecht am Baugrundstück, also nicht bloß am Mehrwert! Dieses Pfandrecht würde allen übrigen Belastungen vorgehen, gewissermaßen wie eine baurechtliche Verpflichtung öffentlichen Rechts auf dem Grundstück liegen. Es fällt dann der ganze, komplizierte Mechanismus des Gesetzes weg. Kein Bauhöfensamt müßte sich damit ab, den Wert der Baustellen festzusetzen. Es gibt keine Einträge von Bauvermerken, keine Verwaltung von Sicherheiten, nichts von Vormerkungen, Widersprüchen, Vorordnungen von Baugeld, keine einstweiligen Verfügungen, keine Kreuzhändlerverwaltung, und vor allen Dingen nicht die zahllosen Prozesse, die über jede Lieferung und jede Arbeit entstehen können.

Daß das Grundstück schließlich haftet, bedeutet bei der Unerheblichkeit der Bauarbeiterforderung keine wesentliche Gefahr für andere Berechtigten, und ist im Grunde doch nur die Anwendung des Prinzips, daß der Ueberbau dem Boden zuwächst. Warum soll man, wo es sich um die Bauarbeiterforderung handelt, den Ueberbau vom Grund und Boden wieder trennen? Obgleich zeigt sich ja beim

verschiedenen zum Dombau verwendeten Steine dabei verhalten. Die im Mittelalter beim Dombau verwendeten Luffenstein sind heute schon bis auf wenige Reste verschwunden; sie sind dem Jahre der Zeit längst zum Opfer gefallen. Man hat dann verschiedene Steinarten aus dem Siebengebirge, Trachyte vom linken Rheinufer, Sandsteine aus dem Neckartal verarbeitet, aber keine hat in seiner Wetterbeständigkeit befriedigen können. Der Verwitterungsvorgang bei den Sandsteinen beschreibt Dombaumeister Hertel so:

Eine äußerlich unbeschädigt erscheinende schalenförmige Rinde sitzt auf einer weichen Schicht, die auf dem festen Gestein lagert. Mehrere solcher Schalen liegen oft aufeinander, getrennt durch mehr oder weniger dicke Lagen der weichen Masse. Die Menge der letzteren ist dann am größten unter der äußersten Schale. Durch Aufschlagen mit dem Hammer kann man die oft große Ausdehnung der abblätternden Schalen leicht nachweisen. Es sind Schalen von 20 bis 24 cm Breite und über 1 m Länge am Giebel über dem Südpfortal gefunden. Nach heftigen Regengüssen und namentlich nach stärkerem Nebel sieht man an zahlreichen Stellen die äußere, durch Rauch geschwärzte Schale losgesprengt und die helle Färbung des inneren frischen Gesteins hervorgetreten. Die weiche Zwischenschicht ist in Wasser löslich, gleichzeitig mit den Abspaltungen verschwinden. Der ganze Abblätterungsvorgang wiederholt sich an den Stellen, an denen er einmal eingeleitet hat, häufig, so daß hier bedeutende Schwächen eintreten können. Die Aufschaltungen folgen fast unabhängig von der natürlichen Lagerung des Steines an der Außenfläche des Werkstückes; ein merklicher Unterschied der Verwitterung bei nach den verschiedenen Himmelsrichtungen gelegenen Bauteilen kann nicht festgestellt werden.

Auch die Sandsteine aus dem Nahegebiete, von Ubel-fangen, die guten Steine aus den Brägen von Ober-

franken und die Egersteine aus der Gegend von Detmold die im vorigen Jahrhundert sehr viel verwendet worden sind, haben die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Man hat allerdings in einigen Gesteinsarten, wie in dem Lavagestein von Wiedermünz, ein Material, das der Verwitterung trotz, aber diese Steine haben eine so dunkle Färbung und sind wegen ihrer Härte so schwer zu bearbeiten, daß sie nur sehr beschränkt verwendet werden können. Die Ursachen der Verwitterung darf man keineswegs nur in den Stürmen und in dem Regen und Schnee suchen, die oft genug das stolze, ragende Bauwerk um sein Feind. Die in dem Großstadtklima niederkommenden Kohlen- und Säuregase finden in der reichen Ueberdeckung Punkte zu finden und ihn als ein besonders mit entsprechender Freiheitsstrafe zu ahndendes Delikt dem Strafgesetzbuch einzufügen. — Diese Maßnahmen würden für den Baugläubiger und auch für den Lieferanten einen halbwegs

unterworfen ist, sondern daß er, der in früheren Zeiten sein von der reinen Luft unspättes Haupt in den klaren Fluten des Rheines spiegeln durfte, jetzt leider mitten in einer an schwefeliger Säure außerordentlich reichen Großstadtklimaphäre sich befindet, eine Atmosphäre, die ihn nur zu oft in so dicke Rauch- und Dunstwolken einhüllt, daß er den auch jetzt noch zu seinen Füßen vorbeiströmenden Strom kaum erblicken kann.

Nachdem nunmehr diese Großstadtkluft, die in Köln in einer besonders schlimmen Form aufzutreten scheint, als der größte Feind der Bauwerke erkannt ist, darf man die Hoffnung hegen, daß eine andere, sachgemäße Baupflege auch die Mittel und Wege finden wird, selbst von einem Bauwerke in dem Umfange und in dem Formenreichtum des Kölner Domes die Wirkungen der künftigen Angriffe des Feindes, wenn auch nicht vollständig abzuwehren, so doch zu verlangsamen und aufzuschieben.

Zum Schluß sei noch davor gewarnt, die sich in Köln zeigenden Verwitterungsercheinungen für andere Orte zu verallgemeinern. Die meisten Gesteine, die sich in den ungewöhnlichen Kölner Verhältnissen nicht bewährt haben, sind an anderen Orten als vorzügliches Baumaterial erkannt und geschätzt worden. Daran rütteln zu wollen, kommt uns nicht in den Sinn, haben wir uns doch von der Bewährung der für Köln als nicht geeignet befundenen Gesteine an anderen Orten ausgiebig überzeugt. So liegt, um nur ein Beispiel zu erwähnen, für den Stufenstein aus der Gegend von Schaffsbach (ein Sandstein des Neckarates) der Fall vor, daß er sich in dem Schloß von Neuschwanstein in Bayern, also unter anderen, günstigeren atmosphärischen Verhältnissen als ein ganz vorzüglicher Baustein bewährt hat.

Werk der Bauarbeiterforderung, daß die Mehrwerttheorie des Gesehtenturfs in Wirklichkeit grau ist. Es ist nämlich gar nicht wahr, daß ein unfertiges Haus den Wert der Baustelle plus hineingewandter Arbeit und Materialien hat. Führt man die Kaufschreiber an eine solche junge Ruine, einen kaum über die Gründung hinaus gediehenen Bau, so bietet kein Mensch den obigen Betrag, sondern von zehn sagen neun: „Wenn die Baustelle intakt wäre, würde ich 20 000 dafür geben; jetzt muß ich alles wieder abreißen, die Grundrissaufstellung paßt mir nicht — große Baufehler sind bei Schwindelbauten auch nicht selten —, ich kann jetzt nur noch 15 000 geben!“ Aus dieser praktischen Erfahrung geht gerade hervor, daß im Baustellentwert ein ideeller Teil des künftigen Bauwerkes bereits mit drin steckt, daß also diese Dinge sich nicht trennen lassen, außer in rein mechanischer Weise. Vielfach ist überhaupt der Baustellentwert nichts anderes als die Differenz zwischen dem kapitalisierten Mietzins des künftigen Gebäudes und den Baukosten.

Im Gegensatz zu der im Gesehtenturf auf das Eigentum gelegten Baupflicht wird das vorgeschlagene Pfandrecht irgend einen lähmenden Druck auf die Bautätigkeit nicht ausüben können. Es statuiert Kraft Rechts, was manche Eigentümer schon jetzt als moralische Pflicht auf sich nehmen, die nicht Befreiung von Bauten sein wollen, auf denen Arbeiterforderungen unbezahlt bleiben. Aber so unbedeutend in seinem Umfang und der Seltenheit der Anwendung dieses neue Recht erscheint, so könnte es doch der Stein werden, womit die Quelle des Bauschwindels zu verstopfen wäre. Denn der Terrainverkäufer kann nun nicht mehr einen beliebigen Habenicht zum Käufer nehmen oder ihn einsehen; muß er doch befürchten, daß gerade bei diesem das Arbeiterpfandrecht zur Durchführung gebracht wird. Er wird sich also künftig den Käufer auf Redlichkeit ansehen und möglicherweise seinerzeit zur Rückzahlung der späteren Arbeiteransprüche Sicherheit verlangen, die er wiederum nur vom soliden Bauunternehmer bekommen kann. Auf diese Weise werden die zweifelhaften Elemente aus dem Bauunternehmertum allmählich verschwinden und damit das gesetzliche Pfandrecht immer seltener zur Anwendung kommen. Aber sein Wert ruht nicht darin, daß es fleißig exerciert wird, sondern daß es immer als Rettungsanker für die Bauforderung bereit liegt. Deshalb könnte dieses Pfandrecht auch auf alle Neubauten im ganzen Deutschen Reich erstreckt werden, was als ein Vorrecht gegenüber der Regelung des Schutzes durch den Gesehtenturf zu betrachten ist.

Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß die Einführung eines gesetzlichen Pfandrechts zu Gunsten der Bauarbeiterforderung einen Bruch mit dem Grundbuchprinzip enthält, wonach nur die aus dem Buch ersichtlichen Belastungen in der Reihenfolge der Einträge zu berücksichtigen sind. Indessen gibt es doch eine Analogie in dem Recht des landwirtschaftlichen Gutes auf Befriedigung aus dem zur Zwangsversteigerung kommenden Grundstück hinsichtlich des Lohnes auf das letzte Jahr. Weiter sei daran erinnert, daß die Verwaltungsgesetzgebung sehr umfangreiche öffentliche Lasten auf Baugrundstücke gelegt hat, ohne die Hypothekare zu fragen. Und die Baupflicht des Gesehtenturfs selbst enthält einen starken Einbruch in unser Grundbuchsystem, da der Bauvermerk nicht auf einen der Höhe nach begrenzten Betrag eingeschrieben ist, sondern einer Forderung den Rang reserviert, die ebenso gut 100 als 10 000 künftige Beträge kann. Aus diesem Grunde wird die Aufnahme weiterer Hypotheken während des Baues ungeheuer erschwert, während umgekehrt das Bauarbeiterpfandrecht eine Erschütterung des Realredits nicht wird hervorrufen können.

Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß dieses gesetzliche Pfandrecht aus Grundbuch und verzichtbar sein müßte. Die Formen seiner Durchführung wären so einfach wie möglich zu halten. Die Klage ist gegen den Eigentümer, dessen Name auf dem Baugrundstück anzuschlagen ist, mit dem Antrage zu richten, daß er wegen der Bauforderung die Zwangsvollstreckung in das Grundstück dulde. Damit sie gleich mit der Klage aus dem Arbeitsvertrag verbunden werden könne, wäre das Gewerbeamt für zuständig zu erklären. Zur Zwangsvollstreckung selbst würde es, nachdem die Forderung rechtskräftig festgestellt ist, in den allerersten Fällen kommen. Damit das Grundstück nicht dauernd belastet bleibe, wäre die Geltendmachung des Anspruches an eine kurze Ausschlussfrist, etwa von drei Monaten seit Vollendung, zu binden und ebenso der Antrag auf Zwangsversteigerung an eine noch kürzere, von etwa einem Monat nach Rechtskraft des Urteils.

Dieses dingliche Recht würde vollaufgenügen, die Lohnforderung des Bauarbeiters zu sichern und ihm schnell zu seinem Recht zu verhelfen. Es bedarf also nicht noch der Haftbarmachung des Baugeldgebers, dem man nicht zumuten kann, die Auszahlung des Baugeldes bis an den letzten Nagelmann zu kontrollieren. Der Ver-

wendungszweck gehört überhaupt nicht zum Wesen des Darlehens, und es fehlt jede rechtliche Beziehung zwischen dem Arbeiter und dem Geldgeber. Vor allen Dingen ist nicht zu vergessen, daß der Baugeldgeber höchstens bis zu zwei Dritteln der Bauforderungen Geld leiht, und wenn er dem nachgekommen ist, bleibt kein Raum mehr für einen persönlichen Anspruch ihm gegenüber. Der Schutz der Bauarbeiterforderung gegenüber dem Eigentümer ist der wirksamste, den man sich denken kann. Denn der Baugeldgeber könnte wohl durch Schiebungen die Zwangsvollstreckung wirkungslos machen, aber ein Grundstück kann nicht auf die Seite gebracht werden.

Aus allen diesen Gründen ist zu einem wirksamen, aber auch ausreichenden Schutz der Lohnforderung des Bauarbeiters die Verleihung des gesetzlichen Pfandborders am Baugrundstück im angegebenen Umfange notwendig.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Nach den meisten bisherigen Parteitagen der Sozialdemokratie konnten wir mit berechtigtem Stolz verkünden, daß in allen Hauptfragen die vollste Einmütigkeit der Arbeiterpartei zum Ausdruck gekommen sei. Eine starke Erschütterung erfuhr diese Einigkeit allerdings in Jena durch den Beschluß, mehr noch durch die Debatten über den politischen Massenstreik. Damals war das Mißverhältnis und das Mißtrauen in der Partei so groß, daß die Besorgnis einer Spaltung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei weit um sich gegriffen hatte. Inzwischen hat jedoch die Tages die nötige Korrektur vollzogen und der Agitation die richtigen Wege gewiesen. Wer aber geglaubt hat, daß damit nun auch das Mißtrauen innerhalb der Partei überhaupt oder doch auf absehbare Zeit überwunden sei, der ist durch Nürnberg bitter enttäuscht worden.

Die sozialdemokratische Partei ist eine Kampfpartei; sie muß unablässig kämpfen gegen die herrschende Gesellschaft in all ihren Schichten, um dem Proletariat Raum zu gewinnen für die ihm gebührende politische Betätigung, um die Arbeiterpartei emporgeloben aus der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anständigkeit zu freien, gleichberechtigten und gleichberechtigten Menschen. Es ist selbstverständlich, daß dieser Kampf scharf und hitzig geführt wird und daß in den Versammlungen und Zeitungen die Gegner mitunter auch unnötig verletzt werden, und es ist erklärlich, daß diese Art des Kampfes mit Gegnern auch leicht überläßt auf Auseinandersetzungen, die man in den eigenen Reihen zu führen hat. Das ist gewiß bedauerlich, aber es ist nicht immer zu vermeiden. Es tritt beifallig, aber es ist in der Partei kein, wenn das Hebel zur Genugtuung wird, wenn sich die Parteigenossen selbst immer häufiger mit vernünftigen und gegenseitigen Worten und Argumenten bekämpfen. Und in dieser Beziehung hat die sozialdemokratische Partei leider immer recht bedauerlichen Fortschritt gemacht.

In Nürnberg waren es drei Fragen, die zu recht unliebsamen Zusammenstößen führten: die Parteifrage, die Parteifrage und die Budgetbewilligung. Der erste Punkt zeigte so recht deutlich, wie notwendig man an freiesprechender Parteigenossen geworden ist, mit welcher zitternder Spannung sie auf das Stichwort lauern, das ihrer Zustimmung zur gewöhnlichen Explosion beruhe. Die Parteifrage ist gewiß eine nützliche Einrichtung: jüngeren Genossen, die Lust und Liebe und das nötige Talent dazu haben, der Partei als Agitatoren zu dienen, wird auf der Schule Gelegenheit gegeben, ihr Wissen zu bereichern bzw. die Grundlage für ihre Fortbildung zu schaffen. Dagegen kann niemand etwas einwenden. Aber ein jüdischer Genosse, einer, der etwas von Bildung versteht, hat sich über die Frage aufgeworfen, ob der Beifall doch nicht etwas anderes sein dürfte und ob, statt an einer Zentralfeste, mit denselben Beifern nicht in mehreren Städten die Unterdrückung abgehalten werden könnten. Sofort ging in einigen Parteizeitungen das Hallo los, als gäbe es einen „Reichsverband“ zu erlegen. Der Fragesteller wurde den Parteigenossen nicht nur als dümmster, sondern auch als schlechtester Kerl vorgeführt. Und auf dem Parteitage fand dies Hallo ein lebhaftes Echo.

Weglich der Parteifrage, die ja nun schon seit einigen Jahren das Schmerzenskind der Gewerkschaften und Parteiführer ist, haben bekanntlich die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei eine Vereinbarung getroffen, wonach die notwendigen Unterstellungen örtlich aufgebracht und kontrolliert werden sollen. Diese Regelung hat schon den Beifall des Gewerkschaftsorgans nicht ganz gefunden, demselben von dieser Versammlung die Generalkommission beauftragt wurde, nochmals mit dem Parteivorstand zu verhandeln, um eine andere Form zu finden. Nunmehr hat auch der Parteitag seinen Stab über diese Vereinbarung gebrochen. Die verschiedensten Ansichten wurden laut. Nach Rosa Luxemburg ist die Vereinbarung zwischen Generalkommission und Parteivorstand eine traurige Probe des dualistischen Zusammenwirkens von Gewerkschaft und Partei. Sie sieht in der Unterstufungsfrage die Schlinge zur Eroberung der Parteiführer. Aber Kiel erklärt, daß die Schleswig-Holsteiner Parteigenossenschaft die Vereinbarung ohne Kommentar nicht verstehen könne. Allgemein werde die Vereinbarung als Bremse empfunden, die zur Freilegung der Parteiführer führen müsse. Andere Redner warfen den Gewerkschaften „kleine Feindgenossenschaft“ vor und protestierten heftig dagegen, daß sich die Partei von den Gewerkschaften, „ins Schlepptau“ nehmen lasse. — Demgegenüber betonte Rob. Schmidt-Berlin, daß es durchaus nicht die Absicht der Generalkommission sei (natürlich auch nicht die Absicht der Parteivorstandes), die Parteiführer zu erdrosseln. Die Vereinbarung sei die lokale Auslegung der Parteitagebeschlüsse. Auch Richard Fischer-Berlin, als Berichterstatter, nahm sich der Vereinbarung warm an. Er wandte sich scharf gegen den Gedanken, die Parteiführer könne durch die Vereinbarung Schaden leiden. Schaden leide sie aber durch die hier beliebte Diskussion. Was es hier von verschiedenen Genossen gegeben sei, könne nur der reden, der gar kein Berant-

wortungsgefühl habe. Wer sage, durch die Unterstufung solle die Parteiführer ermüdet werden, habe vom Wesen der Gewerkschaften keine Ahnung. Jahrzehntlang sind die Kämpfe darüber gegangen, ob der Kampfescharakter der Gewerkschaften unter dem Unterstufungsalltag leide. Wir haben die Erfahrung für uns: in dem Augenblick sind die Gewerkschaften aktionsfähig, kampfsfähig geworden, wo sie das Unterstufungswesen ausgebildet haben. Als es den Gewerkschaften gelungen war, es zu hohen Beiträgen zu bringen, von der Stunde an datiert der Aufschwung der Gewerkschaften, und von da an sind sie der englischen Gewerkschaftsbewegung ebenbürtig geworden. Ich verstehe wirklich nicht, daß man diese Dinge, die man sich eigentlich an den Schulsohlen hätte ablaufen lassen, heute wieder so eingehend erörtern würde: ja, wenn — wenn — Aber wenn man sagt: wenn die Parteiführer so geehrt wird, daß keine Maßregelungen stattfinden können, dann denken auch die Unterstufung nicht mehr an Maßregelungen, so ist das ebenso „geheiß“, als wenn man sagen würde: es gibt keine Krone mehr, wenn jeder ein Millionär ist, oder wie der alte Befehl sagte: Die verfluchte Krone kommt von der Pöbelheit. Das sind Selbstverständlichkeiten, die nur dadurch einen Glanz bekommen, daß sie hier mit schöner Rhetorik vorgetragen werden; wenn man sie aber prüft, so bleibt nur eine Wolke übrig und weiter nichts.

Von den Vereinbarungen wurden schließlich die drei ersten Abfälle angenommen. Sie lauten: „Zur Vorbereitung der Parteiführer ist in allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftsstatut und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.“

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der örtlichen und beruflichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisation sowie der Beschlüsse des Parteitages für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden.

Bei Ausprägungen infolge der Parteiführer kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstufung vom Beginn der zweiten Woche an gewährt werden, und darauf haben die politisch wie auch die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder Anspruch.“

Der weitere Abfall, der von der Ausbringung der Mittel handelt, wurde mit erheblicher Majorität abgelehnt. Somit hat der Parteitag noch ein Unterstufungsrecht der Ausgesparten kassiert, wobei er aber die Unterstufung beziehen sollte, weiß er nicht zu sagen. Eine solche Konsequenz hätte man eigentlich nicht für möglich halten sollen. Der Parteitag ist jedenfalls mit einem solchen Beschluß nicht gebent.

Der Hauptpunkt der Verhandlungen bildete die Budgetfrage. Vor vielen Jahren hatte einmal die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag ein Landtagsbudget mit sechs Mann fact — für das Budget (Finanzgesetz), worin die Einnahmen und Ausgaben des Landes festgelegt werden, gestimmt. Auf einem darauf folgenden Parteitage wurde dies als ein Verstoß gegen die sozialdemokratischen Prinzipien gerügt. Die Wahren bestritten, daß es eine Frage des Prinzips sei. Die Zustimmung zu dem Finanzgesetz in seiner Gesamtheit sei eine reine Formfrage, und alle Fortschritte seien reine Zweckmäßigkeitsdinge, tatsächliche Mittel, die nach Ort und Zeit wechselten. Der Streit blieb damals unentschieden. Einige Jahre später bewilligten u. a. die badiischen Genossen das Budget. Hierzu nahm der Parteitag in Kibitz (1901) Stellung. Es wurde scharf gestrichen und schließlich wurde folgende Resolution mit großer Mehrheit beschloffen:

„In Erwägung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenstaates tragen und der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung nicht eintäumen, sondern in ihrem Wesen als Organisation der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind.“

Spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes setzen und insbesondere das Gesamtbudget normalerweise ablehnen.

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besondern Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.“

Diese Resolution verbietet also normalerweise die Zustimmung zu dem Budget; nur ausnahmsweise soll es bewilligt werden dürfen. Ueber die Ausnahmen hatten natürlich die Fraktionen selbst zu entscheiden. Nun haben im vorigen Jahre unsere Genossen im württembergischen Landtage das Budget bewilligt — aus „zwingenden“ Gründen, wie sie meinten. Darüber ist wenig in die weite Öffentlichkeit gedrungen. Jedenfalls hat man sich in der Partei nicht beunruhigt gefühlt. Dem Vorgehen der Württemberger sind in diesem Jahre die Bayern und Bayern gefolgt; in beiden Landtagen haben unsere Genossen bei der Schlussabstimmung für das Finanzgesetz gestimmt. In beiden Landtagen haben unsere Genossen aber auch Erklärungen abgegeben, daß sie durch ihre Abstimmung keineswegs den Regierungen ein Vertrauensvotum ausstellen, sondern trotz der Bewilligung den Ministern das schärfste Mißtrauen aussprechen.

Es kann hier nicht auf alle Gründe eingegangen werden, die die süddeutschen Genossen für die Budgetbewilligung ins Feld führen. Einesteils haben sie geglaubt, daß ihre Abstimmung mit dem Wortlaut und Sinn der Württemberger Resolution im Einklang sei, zum anderen haben sie aber auch unverbohlen ausgesprochen, daß diese Resolution der Taktik viel zu kurze Fesseln anlege und daß es nur Sache der Fraktionen sei, nach freiem Ermessen darüber zu entscheiden, ob es taktisch klüger ist, das Budget abgulehnen oder nicht.

Darüber läßt sich natürlich streiten, und eine solche Diskussion hätte gewiß nicht geschadet. Aber das liegen die verschiedensten kleinen und großen Weiser in der Partei wieder nicht zu. Sobald die erste leise Kunde von der Budgetbewilligung in Baden über den Main hinüber gedrungen war, da wurden in Leipzig, Berlin und anderen Orten mit „schneidigen“ Parteiorganen die Sturmglöden geläutet, die bald dumpf, bald schrill den „Parteierrat“

der süddeutschen Genossen verknüpfen. Nicht nur, daß das Beginnen der badischen und bayerischen Genossen unüberwindlich in den Sumpf des allerniedrigsten Wohlstandes führte, wurde uns bis zum Ueberbrot in die Ohren geschrien, es wurde sogar „konstatiert“, daß die Süddeutschen mit vollem Bewußtsein auf das Ziel hinsteuerten. — So tief die Debatte schon einige Wochen vor dem Parteitag in der Presse und in Versammlungen, und die Reden vieler Delegierten auf dem Parteitag waren das Echo der vorausgegangenen Siege.

Nicht ganz unbefruchtet von dieser Vorgeschichte scheint uns auch die Resolution zu sein, die der Parteivorstand in Verbindung mit den Kontrollen auf der Budgetfrage dem Parteitag vorlegte. Sie lautet:

„Der Parteitag befähigt von neuem die Resolutionen von Lübeck und Dresden, die aussprechen:

„daß der Staat, solange er sich in den Händen der bestehenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Wiederherstellung der besiegten Volksmassen bildet.

„daß die politische Aufgabe des proletarischen Kampfes die Erhebung der Staatsgewalt durch Ueberwindung der Gegner ist.

„daß jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muß.

Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsache, daß die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgeführt werden muß, ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

Die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden.

Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der besiegten Volksmassen, die eine unüberwindliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht.

Die arbeitenden Massen immer wieder nachdrücklich darüber aufzuklären, ist eine unerlässliche Aufgabe unserer agitatorischen Arbeit.

In persönlich liebenswürdiger Weise wurde die Resolution von dem Genossen Bebel begründet. Seine Argumente vermögen wir jedoch nicht anzuerkennen. Wir gehen so weit mit ihm, daß die süddeutschen Abgeordneten nicht ganz einwandfrei gehandelt haben. Sie hätten den Parteivorstand von ihrem Vorhaben unterrichten und ihm ihre Gründe vorher darlegen sollen. Vielleicht hätten sie sich nach der einen oder anderen Richtung hin verständigt. Grundsätzlich sind wir allerdings der Meinung, daß es weder Sache des Parteivorstandes noch anderer Körperschaften ist, darüber zu entscheiden, welche Stellung die parlamentarischen Fraktionen zu den Budgets einnehmen. Hat man eingesehen und zugegeben, daß sich die Parteigenossen parlamentarisch betätigen müssen, und wählt man Genossen in der Überzeugung, daß sie den Willen und die Kraft haben, das sozialdemokratische Prinzip hochzuhalten, dann muß man auch das Vertrauen in die Gewählten setzen, daß sie die Taktik anwenden, die zur Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms führt. So wenig man alle übrigen Abstimmen, die alle mehr oder weniger Vertrauen oder Mißtrauensvoten sind, für die Regierungen sind, durch Parteigenossenschaft festlegen kann, so wenig sollte man sich auch mit der Abstimmung über die Finanzangelegenheiten tun. Hier wie dort sind es tatsächliche Maßnahmen, die man nicht langfristig festlegen kann, ohne sich selbst zu schädigen.

Audem haben die süddeutschen Genossen aber auch mit guten Gründen nachgewiesen, daß sie mit der Bewilligung des Budgets ihrer Überzeugung nach der Partei einen großen Dienst geleistet haben; daß ihre Taktik weit ab vom „Sumpfe“ führt und dazu ansetzt, unsere Partei in Süddeutschland zu einem Machtfaktor zu machen, mit dem die Regierungen dauernd und in ständig steigendem Maße rechnen müssen.

Die Resolution des Vorstandes wurde aber trotzdem mit 288 gegen 119 Stimmen angenommen. Wir haben dies Resultat für tief bedauerlich, weil wir überzeugt sind, daß weder das Ansehen noch die Macht der Sozialdemokratie größer dadurch wird. Die Mehrheit hat geglaubt, mit ihrem Beschluß der Einheit und Stohkraft der Partei zu dienen. Wir befürchten das Gegenteil. Die süddeutschen Genossen haben bis zum letzten Augenblick erklärt, daß die beschlossene Resolution für sie unannehmbar sei; in ihren Parlamenten mußten sie sich ja auch vornehmen wie Schulbuben, wenn ihnen gelegentlich von den Gegnern vorgehalten wird: „Sie haben ja gar kein Stimmrecht!“

Nach der Abstimmung liegen 66 süddeutsche Delegierte folgende Erklärung abgeben. „Die unterzeichneten Parteimitglieder erklären: Wir erkennen dem deutschen Parteitag als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei die oberste Entscheidung zu in allen prinzipiellen und in den tatsächlichen Angelegenheiten, die das ganze Reich betreffen. Wir sind aber auch der Ansicht, daß in allen speziellen Angelegenheiten der Landespolitik die Landesorganisation die geeignete und zuständige Instanz ist, die auf dem Boden des gemeinsamen Programms den Gang der Landespolitik nach den besonderen Verhältnissen selbständig zu bestimmen hat, und daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktionen vorbehalten bleiben muß.“

Diese Erklärung, die von den Süddeutschen mit vollständigem Beifall unterstützt wurde, bedeutet eine scharfe Verneinung der soeben beschlossenen Resolution. Theoretisch ist also keine Einheit in dieser Frage erzielt worden. Wögen uns bessere Entscheidungen des nächsten Parteitages vor der tatsächlichen Spaltung bewahren.

Politische Umschau.

Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitages zu Nürnberg.

Zur Reichsfinanzreform.

Die dem materiellen Interesse der bestehenden und herrschenden Klassen dienende, die Arbeiterklasse schwer schädigende und den Bestreben bedrohende Militär-, Marine- und Kolonialpolitik des Deutschen Reiches führt zu ununterbrochen steigenden Ausgaben, deren Deduktion bei dem jetzt geltenden Steuersystem nicht zu erlangen ist. Trotzdem hat seit dem Jahre 1888, dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers, die eigenen Einnahmen des Reiches von 821 Millionen Mark auf 1732 Millionen im Jahre 1907 gestiegen sind, ist in dem gleichen Zeitraum die Schuldlast des Reiches von 720 Millionen Mark auf 4800 Millionen angewachsen.

Die Steuern des Reiches sind ungerecht und unwirtschaftlich. Durch die Zölle und Verbrauchsabgaben werden die ärmeren Klassen der Bevölkerung am härtesten getroffen. Dabei kommt nur ein geringer Bruchteil der Millionen, die die Steuerzahler ausgeben, in die Reichskasse. Der größte Teil der durch Getreide-, Vieh- und Fleischzölle, Garn-, Eisen- und andere sogenannte Schutzzölle auf Verbrauchsartikel der breiten Massen dem Volke abgenommenen Summen fließt in die Taschen der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, die nur eine verhältnismäßig geringe Steuerquote für die Reichskasse leisten. Gefährliche Finanzverhältnisse können nur geschaffen werden, wenn die Ausgaben für Militär, Marine und Kolonien herabgesetzt und die Steuern der Zahlungsfähigkeit der Steuerzahler angepaßt werden.

Der Parteitag protestiert gegen die Erhöhung bereits bestehender, sowie die Einführung neuer Steuern auf Massenverbrauchsartikel. Insbesondere protestiert der Parteitag gegen die dem russischen Steuersystem entlehnte Banderolensteuer auf Zigaretten und Tabak sowie gegen die Erhöhung der Viehsteuern. Ferner protestiert der Parteitag gegen Steuern auf Licht und Kraft (Petroleum, Gas, Elektrizität usw.).

Der Parteitag fordert die Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen steuerpolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. Er fordert die Einführung einer Einkommensteuer, die die Reichskasse mit den Vermögenssteuern, die Reform der Erbschaftsteuer durch Heranziehung aller größeren Schenkungen und Erhöhung der Steuerquote nach dem Grade der Verwandtschaft, insbesondere die erbschaftsteuerliche Heranziehung des Erbgesetzes für Ehegatten und Kinder.

Gegen den Krieg.

Das gemeingefährliche und verbrecherische Treiben bestimmter Kreise, zwei Kulturvölker wie das englische und deutsche gegeneinander zu verhetzen und zum Kriege aufzufachen, dient nur den engstirnigen und kurzfristigen Interessen der ausbeutenden und herrschenden Klassen.

Es steht im schroffen Gegensatz zu der Bestimmung internationaler Brüderlichkeit der ausgebeuteten Massen aller Nationalitäten, welche durch die enge Solidarität der Interessen miteinander verbunden sind.

Angesichts der Opfer an Gut und Blut, welche jeder Krieg gerade in erster Linie den werktätigen Massen auferlegt und die ungeheuren materiellen und kulturellen Schädigungen, welche er für die Gesamtheit des Volkes mit sich bringt; angesichts der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge, denen zufolge jeder Konflikt zwischen zwei Kulturnationen die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt; macht es der Parteitag dem Proletariat Deutschlands zur besonderen Pflicht, gemäß der Resolution des internationalen Kongresses in Stuttgart mit allen in Betracht kommenden Mitteln für die Ueberwindung des chauvinistischen Geistes und die Sicherung des Friedens einzutreten.

Jugendorganisation.

Die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse.

Der Parteitag verpflichtet die Organisationskommissionen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterjugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung erzogen wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind Vorträge zu veranstalten, die dem Erkenntnisvermögen der Jugend angepaßt sind. Daneben ist durch Veranstaltungen ernstlichen und heiteren Inhalts, sowie durch Sport und Spiel Unterhaltung und Geselligkeit zu pflegen.

Zu diesem Zwecke sind in den einzelnen Orten besondere Kommissionen zu bilden. Die Kommissionen werden aus Vertretern der örtlichen Parteiorganisationen und der Gewerkschaftskomitees unter Hinzuziehung von Vertrauenspersonen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengesetzt. Der Kommission soll mindestens ein Genosse angehören.

Die Teilnahme an den Vorträgen und, soweit es möglich, auch an den anderen Veranstaltungen ist unerlässlich.

Die Kommissionen sollen dahin wirken, daß die Gewerkschaftskomitees für den Lehrtätigkeitsdienst eintreten.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand mit der Herausgabe eines Organs zur Aufklärung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen.

Diese Resolution ist so aufzufassen, daß der Betätigung von lokalen Jugendorganisationen unpolitischen Charakters, die unter Mitbestimmung Erwachsener ihre Verwaltung selbst führen, nichts im Wege steht.

Gegen die Vergewaltigung der Polen.

Der Parteitag erhebt energischen Protest gegen die von der Reichsregierung geschaffenen Ausnahmestellen gegen die Polen, und besonders gegen das Verbot der Muttersprache in öffentlichen Versammlungen. Das Ver-

bot der polnischen Regierung, die Polen systematisch zu germanisieren, kann die Sozialdemokratie nicht nur nicht dulden, sondern sie muß es auch mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.

Zugleich fordert der Parteitag die polnischen Proletariate auf, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen; denn nur auf diesem Wege, durch die Stärkung der Massenpartei des Proletariats, kann die herrschende Reaktion, deren Zersplitterung die polenfeindliche Politik ist, erfolgreich bekämpft werden.

Zur Sozialpolitik.

Die technische Entwicklung der Industrie führt zur beschleunigten Konzentration des Kapitals, die in den Kartellen und Syndikaten ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hat. Die Monopolisation, Kartelle und Syndikate, die zur Konzentration führen, sind notwendige Erscheinungen der kapitalistischen Entwicklung.

Durch die Kartellbildung und die Gründung von Werksgenossenschaften sind jene Unternehmerorganisationen geschaffen, die ihre Spitze gegen die Interessen der Angestellten und Arbeiter richten und bestrebt sind, die Angestellten und Arbeiter völlig zu entzweiten, um die Ausbeutung steigern zu können.

Die bürgerlichen Parteien, die in den letzten Jahren eine große Anzahl sozialpolitischer Forderungen gestellt haben, deren Inhalt sie aus früher von Sozialdemokraten gestellten Forderungen entnehmen, haben wieder die Forderung nach den Willen, die in diesen Forderungen gestellten Forderungen durchzuführen.

Die Regierung hat durch die neuesten Entwürfe zur Gewerbeordnung und Arbeitskammergesetz offen bekundet, daß sie nicht gewillt ist, eine Sozialpolitik zu treiben, die den Widerspruch des Zentralverbandes deutscher Industrieller hervorruft.

Angesichts aller dieser Erscheinungen wird es notwendig, als je, daß das Proletariat all seine Kräfte zusammenfaßt, um seine physische und moralische Gesundheit und Kampffähigkeit zu erhalten und zu steigern. Es ist dringend notwendig, daß jeder Arbeiter der Gewerkschaft seines Berufes angehört. Ebenso notwendig aber ist eine energische politische Agitation innerhalb wie außerhalb des Parlaments zur schließlichen Durchführung der im letzten Abschnitt unseres Parteiprogramms sowie der in der Münchener Resolution über die Arbeiterversicherung gestellten Forderungen.

Es ist ferner zu fordern:

1. Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen.
 2. Schutz der staatsbürgerlichen Rechte, Freizügigkeit, Koalitionsrecht usw. gegen Angriffe durch Privatverträge, Verbot der Konkurrenzkauf, Personalabkonditionen und ähnliche Abmachungen, die die Angestellten und Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern geeignet sind.
 3. Sicherung des geistigen Eigentums an Erfindungen und Entdeckungen.
 4. Gesetzliche Vorschriften für sogenannte Wohlfahrts-einrichtungen, wodurch eine Kontrolle ermöglicht und das Eigentumsrecht der Angestellten und Arbeiter an den gezahlten Beiträgen sichergestellt wird.
- Dafür hat der Parteitag noch beschlossen, daß sich der Parteivorstand mit der Generalkommission ins Einvernehmen zu setzen hat, um eine umfassende Agitation zur Erreichung des gesetzlichen neunhündigen Arbeitstages in die Wege zu leiten.

Kampfsache und Revolution. Das russische Bulletin schreibt hierüber:

In ihrer Denkschrift zur Arbeitergesetzgebung vom Jahre 1906 charakterisierte die russische Regierung ihren allgemeinen Standpunkt zur Arbeiterfrage mit folgenden Worten: „Indem die Regierung bemittelt der Einschränkung der Aktionsfreiheit der Arbeiter und Unternehmer die natürliche Lösung der Arbeiterfrage unterbreitet und dadurch die Verpflichtung auf sich nahm, für das Wohl der Arbeiter Sorge zu tragen, mußte sie auch die gesamte Verantwortung für diese Sache auf sich nehmen.“ Was waren nun die Ergebnisse dieser Forderung? „Das Wohl der Arbeiter? Einen interessanten Aufschluß über diese Frage gewähren uns die täglich im ministeriellen Organ „Wostok“ veröffentlichten Daten über die Bewegung der Arbeitslöhne und der täglichen Arbeitsdauer in den wichtigsten Industriezweigen während der letzten Jahrzehnte. Diese Daten ermöglichen es, nicht nur die „Arbeiterpolitik“ der zaristischen Regierung in ihrem wahren Lichte kennen zu lernen, sie gestalten auch, einige Schlüsse für die nächste Zukunft der russischen Arbeiterbewegung zu ziehen.

Was den offiziellen Daten über die Arbeitsbedingungen der Arbeiter ihr charakteristisches Gepräge verleiht, ist ihre fast vollständige Unveränderlichkeit im Verlaufe einiger Jahrzehnte. Von Anfang der 80er Jahre bis zu den Jahren 1903 bis 1906 bleibt die Arbeitszeit und der Arbeitslohn trotz aller „Reformen“ der Regierung fast unverändert. Nur die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts führt hier eine gründliche Umwälzung herbei. Einige Beispiele mögen das illustrieren. In der fürbesserten Montanindustrie erreichte die tägliche Arbeitszeit zu Mitte der 80er Jahre die Höhe von 20 Stunden. Das Gesetz vom 2/15. Juni 1897, das die elfstündige Arbeitszeit festsetzte, schaffte hierin keinen Wandel. Nach den Beobachtungen des Ingenieurs Kreschowsky im Jahre 1898/99 „kimmerte man sich im ganzen Raum von Schmelztag nicht im mindesten um dieses Gesetz“. Erst nach der Streikbewegung von 1905 wurde das Dreizehnhundert eingeführt, und gegenwärtig ist in den meisten Bergwerken Sibiriens die achthündige Arbeitszeit eingeführt. Die gleiche Erscheinung trat in der Naphthaindustrie auf. Tage. Die tägliche Arbeitszeit belief sich von den 70er Jahren bis zum Jahre 1903 auf 12 bis 14, zwischen 1897 auf 16 bis 18 Stunden. Das Gesetz vom Jahre 1897 wurde einfach ignoriert. Während der Jahre 1903 bis 1906 erkämpften die Naphthaarbeiter den Acht- und Neunstunden-

tag. Auch in der Textilindustrie vollzog sich nach den Worten des offiziellen Organs „die Vertiefung der Arbeitszeit in bedeutendem Maße unter der Einwirkung einer weit um sich greifenden Streikbewegung“. Im allgemeinen kann die Verkürzung der Arbeitszeit in den wichtigsten Industriezweigen, die dank der revolutionären Massenbewegung erzielt wurde, auf 25 pSt. oder 15 bis 18 Stunden in der Woche veranschlagt werden.

Genau derselbe Prozeß vollzog sich auf dem Gebiete der Arbeitslöhne. Jahrzehntlang fast völliger Stillstand; trotz der steigenden Lebensmittelpreise gestattete die „Fürsorge“ der Regierung den Arbeitern nicht, ihre ökonomische Lage zu verbessern. Dann brachen 1903 bis 1905 die Lohnkämpfe mit spontaner Energie aus. Die Löhne stiegen in kurzer Zeit: in der Montanindustrie um 24, in der Metallindustrie um 37, in der Rapphainindustrie um 100 pSt. Allerdings wurden die Lohnrückführungen durch die einsetzenden und künstlich großgezogenen Lebensmittelerhöhung zum großen Teil illusorisch gemacht. Trotzdem kann es als feststellend gelten, daß die Arbeiter aus eigener Kraft eine wesentliche Verbesserung ihrer ökonomischen Lage erlangen.

Die letzten 1/2 Jahre zeigen eine diametral entgegengesetzte Entwicklung. Unter der Herrschaft des weißen Terrors, ihrer Organisation beraubt, sah sich die russische Arbeiterklasse außer Stande, die gemachten Eroberungen vor dem Ansturm der Unternehmerorganisationen zu behaupten. Die anbauende Krise in Industrie und Landwirtschaft, das Anwachsen der industriellen Reservearmee, die exorbitante Lebensmittelerhöhung taten ein übriges, um die ökonomische Lage der Arbeiterklasse zu verschlechtern. Die bewährte „Fürsorge“ der Regierung kam hierbei in noch schrofferer Weise zum Ausdruck, wie vor den Revolutionen.

Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die nächste Zukunft? Auf eine langsame, friedliche Entwicklung kann angesichts der bergelegten Zustände unmöglich gerechnet werden. Dazu fehlen sowohl die politischen wie die wirtschaftlichen Vorbedingungen. Die tiefen sozialen Widersprüche des Jarenreiches, die sich trotz der scheinbaren Ruhe, trotz der revolutionären Stillstände immer mehr ausprägen, zwingen in Verbindung mit der Beschärfung der letzten Jahre eher zu der Annahme, daß sich die Bewegung, wie bisher, spontan entwickeln wird. Erst dann, wenn eine neue Periode lebhafter politischer Kämpfe einsetzt, wird es für die Arbeiterklasse möglich sein, die wirtschaftlichen Positionen zurückzuerobieren, die sie jetzt unter dem Ansturm der Reaktion aufgeben mußte.

Arbeiter und Maschinen. Auf dem internationalen Glasarbeiterkongreß, der Anfang dieses Monats in Paris tagte, wurde u. a. auch die durch neuere Erfindungen sehr aktuell gewordene Frage erörtert, durch welche Mittel die Glasarbeiter den Schäden ausgleichen könnten, welche ihnen durch die Einführung von Maschinen zugefügt wird. Einige Glasarbeiter erklärten die Maschine für den Feind, welchen man bekämpfen und vernichten müsse. Aber ein französischer sowie ein deutscher Delegierter widersprachen. Der Franzose, welcher der sozialistisch-gesellschaftlichen Glasindustrie am nächsten steht, erklärte: „Die Maschine ist ein notwendiges Übel. Wir selbst müssen uns der Maschine bedienen, um gegen die kapitalistischen Glasfabriken zu kämpfen.“ Der deutsche Delegierte sagte: „Im Vorwärts“ waren wir gezwungen, Sekundärrichtungen einzuführen; die Glasmacher müssen ebenso handeln.“ Es wurde eine Resolution angenommen, welche es für unnötig erklärte, sich dem Fortschritt gewaltsam zu widersetzen. Es sei aber notwendig, daß die Arbeiter sich organisieren, um aus dem „Maschinenismus“ den größten Vorteil für sich zu ziehen.

Diese Resolution trifft das Richtige. Man kann nur tief bedauern, daß es noch Arbeiter gibt, die in der Bekämpfung der technischen Entwicklung ihr Heil erblicken und damit in den Fehler verfallen, den die englischen Textilarbeiter im Beginn der modernen Produktionsära begingen. Sie beließen es nicht beim Schimpfen auf die Maschinen, sondern sie zerstörten dieselben auch gewaltsam. Das war eine Kinderkrankheit der proletarischen Bewegung. Glücklichweise hat die Reigung einzelner rückständiger Arbeiter, solch krankhaftem Juge sich hinzugeben, in unserer Zeit keine ernste Bedeutung mehr.

Ein Justizminister als Betrüger. Dänemark hat einen großen politischen Skandal. Der frühere Justizminister Alberti, der erst kürzlich von diesem Posten zurückgetreten ist, erfuhr schon während seiner Amtszeit sehr heftige Angriffe. Offen wurde gegen ihn von der sozialdemokratischen Fraktion des Folketing die Beschuldigung erhoben, daß er sich in höchst bedeutende finanzielle Transaktionen eingelassen habe; die Fraktion forderte die Erhebung der Ministeranfrage gegen ihn. Das Parlament aber lehnte diese Forderung ab, und Alberti nahm dann aus den üblichen „Gesundheitsrücksichten“ seine Entlassung aus dem Amt. Jetzt nun hat dieser Mann sich der Justiz gestellt unter der Selbstbeschuldigung, große Fälschungen und Betrugsereien begangen zu haben, von denen auch das Finanzministerium betroffen wird. Alberti war Leiter der von ihm mit Staatsmitteln versorgten Bauernbank. Diese Kasse nun hat er gründlich geplündert und dabei, wie das Finanzministerium, so auch die Nationalbank schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die von ihm veruntreuten Summen sollen sich auf etwa 13 bis 14 Millionen belaufen. Alberti war ein Staatsmann, der sich den Agrariern angenehm zu machen suchte; so machte er u. a. auch in agrarisch-industriellen Bestrebungen. Wie sehr er dem reaktionären Geist ergeben war, zeigte weiter, daß er die Wiedereinführung der Prügelstrafe für gewisse Arten von Verbrechen durchsetzte. Es gibt nun in Dänemark gewiß sehr viele Leute, die den lebhaften Wunsch haben, auch er möge diese Strafe zu kosten bekommen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg (Sperre über Ofenarbeiten der Stettiner Chamottefabrik an der Gasanstalt Grasbrook), **Lübeck** (Sperre über Görner & Heidenreich);

Schleswig-Holstein:

Trittau (Sperre über Chr. Meier in Kasseburg, Arbeitsstelle Meierei in Möhnsen), **Rendsburg** (Sperren über das Rader Koks- und Stahl- und Walzwerk und die Karlsruhte), **Geesthacht-Lauenburg** (Sperre über Basedow in Krimmel, Grünhof, Tesperhude), **Eckernförde** (Sperre über Krukan);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperre über Thielke), **Sülze** (Sperre über Holdorf), **Ahrenschoop a. Fischland** (Sperre über Helms);

Brandenburg:

Königs-Wusterhausen (Sperre über den Schulbau in Zernsdorf), **Fürstenwalde** (Sperre über Pötel), **Heegermühle** (Sperre über Hartmann), **Strasburg** (Sperre über Liesegang), **Mittenwalde** (Sperre über Sprewitz & Schadow);

Ost- und Westpreussen:

Hammerstein (Sperren über Kofahl und Kargo), **Osterode** (Sperre über Tessmann aus Mohrungen);

Schlesien:

Märzdorf (Sperre über Scheundel in Grebelwitz), **Hundsfeld-Rosenthal** (Sperre über Vetter aus Weide), **Neustadt i. Oberschl.** (Sperre über Hahnel), **Breslau** (Sperre über Paul Seidel);

Königreich Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien- und Kunze, Bahnhofsbauteil, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L.-Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse), **Leutzsch** (Sperre über die Eisengießerei E. Becker & Co.), **Knaustschloßberg** (Sperren über David Ludley und L. Loos), **Saundersdorf bei Zwickau** (Sperre über Berger aus Schönheide), **Mülsen** (Sperren über Ford. Döhn in St. Niklas und Emil Meier in Ortmannsdorf), **Grimma** (Streik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Könnberg (Sperre über Bautzmann aus Lützen), **Weissenfels** (Sperre über Oskar Paasche, Bahnhof Corbetta);

Thüringen:

Arnstadt (Sperre über Gressler), **Ronneburg** (Sperre über Kretschmar);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Wittingen (Streik), **Stadthagen** (Sperren über Pape in Nordsehl und Pape in Helsen), **Misburg** (Sperre über die Zementfabrik „Germania“), **Münster, Westerstede u. Umgegend** (Differenzen), **Visselhövede** (Differenzen), **Nordenham** (Sperre über die Bauten der Metallwerk-Aktiengesellschaft), **Glismarode** (Sperre über den Neubau des Schöninger Bahnhofs), **Grüssendorf** (Sperre über Thiele aus Lehre), **Holzhausen** (Sperre über Ringe);

Hessen:

Rinteln (Sperre über Ackemann in Oberkirchen und Ebeling in Vehlen), **Grifte** (Sperre über Fröhlich aus Gensungen);

Westfalen und Rheinland:

Elberfeld-Barmen (Sperre über den Unternehmer Wipperföhr aus Gerresheim und über die Arbeiten der Firma Diederich & Co. aus Stettin an der Gasanstalt), **Düsseldorfer-Bonnath** (Sperre über Zensen), **Kaiserswerth** (Sperre über die Bauten der Diakonissenanstalt), **Castrop** (Sperre über Lamperts und Vellener), **Minden** (Sperre über den Bau des Unternehmers Fiege in Berkhansen);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Kassloch (Sperre über Steidel), **Mühlhausen** (Sperre über Trapp, Entwässerungskanal), **Strassburg** (Sperre über Schüttler);

Fliessenleger:

Großfeld (Streik), **Mühlheim-Ruhr** (Sperre über Möhlenbrück & Matheis), **Kiel** (Differenzen);

Isolierer und Steinholzleger:

Calbe (Streik bei der Firma Haack & Co., auch bei deren Filialen in Berlin und Hamburg), **Mannheim-Ludwigshafen** (Sperre über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik), **Leipzig** (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krauss, Moltkesstr. 28).

Schweiz:

Olten (Streik);

Oesterreich:

Kladno, Kralup, Triesch.

Dänemark:

Aalborg. Feuerungsanlagen an der Gasanstalt. Ausführende Firma ist die Stettiner Chamottefabrik.

Gau Berlin.

Maurermeister Riefesing in Straußberg und seine anderen Kollegen reduzierten den bisher üblichen Stundenlohn. Riefesing ist der schlimmste unter ihnen. Am 14. September legten die Kollegen zunächst bei diesem Herrn die Arbeit einmütig nieder.

In Mittenwalde bestand bis zum 1. Mai d. J. ein Vertrag, der neunständige Arbeitszeit und 60 p. Stundenlohn vorsah. Ein Unternehmer kündigte ihn, während sich zwei andere Unternehmer nicht äußerten. Einer der letzteren versuchte nun, den Lohn zu kürzen und die neunständige Arbeitszeit einzuführen, und der andere zahlte ebenfalls einen geringeren Lohn. Am 17. September haben die Kollegen — 25 an der Zahl — bei Schadow und Sprewitz die Arbeit eingestellt, um sich gegen diese Verschlechterung zu wehren.

Gau Bremen.

Nachdem unsere Kollegen in Westerbek im Laufe des Frühjahrs den Unternehmern eine Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohns für Westerbek, Apen und Augustfehn gestellt hatten, hofften sie auf eine gütliche Erledigung der Sache. Aber die Verhandlung, die in Zwischenmitten dieserhalb geführt wurde, führte zu keinem befriedigenden Resultat und mußte abgebrochen werden. Die Unternehmer haben dann wieder eine Verhandlung ausgesetzt, die aber bisher nicht stattgefunden hat. Jetzt plötzlich senden sie unter dem 12. September folgende Mitteilung an den Kollegen C. Sibbehen in Bremen:

Gemäß einem Beschlusse vom 10. d. M. benachrichtigen wir Sie, daß der bisherige Stundenlohn in unserem Bezirk vom 1. Oktober d. J. ab um 2 p. herabgesetzt wird. Ihren etwaigen Erklärungen werden wir bis zum 25. d. M. entgegen.

Gedächtnisblatt

Arbeitgeberbund für das Baugewerbe im Bezirk Ammerland.

Georg Hinrichs.

NB. Brechts Verhandlungen wollen Sie sich bitte eventuell an die Geschäftsstelle unseres Verbandes, dort, Wall 88, wenden.

Ferd. Weyer.

Soweit das Schreiben, daß auch der Bauleitung der Zimmerer zugegangen ist. Die Unternehmer wollen also ohne weiteres die Löhne nicht verbessern, verkürzen. Da auch Zwischenmitten für obigen Bezirk in Frage kommt, sollen auch dort die Löhne gekürzt werden. Das Unternehmertum wird aber jedenfalls uns auch noch hören müssen.

Unsere Kollegen auf der Insel Fehmarn haben den Unternehmern gleichfalls Forderungen eingereicht. Die Unternehmer haben darauf am 14. September geantwortet, daß es ihnen „nach dem Schiedsspruch vom 26. Mai d. J.“ betreffend Regelung der Lohnverhältnisse im Baugewerbe, nicht gestattet sei, eine Lohnrückführung zu bewilligen und eine Minderung in dem bis jetzt bestehenden Verträge vorzunehmen zu können. Die von ihnen eingereichten Bedingungen werden infolgedessen als unbegründet angesehen. Einer Antwort wollen die Unternehmer bis zum 25. d. M. „gütigst entgegengehen“.

Wie die Unternehmer aus dem Schiedsspruch das Recht einer Lohnrückführung herleiten wollen, ist unverständlich, um so mehr, als die Lohnbewegung auf Fehmarn mit der großen Bewegung in diesem Frühjahr gar nichts zu tun hat. Offensichtlich sehen die Unternehmer auf Fehmarn es auch noch ein, daß man eine Lohnbewegung nicht mit ein paar Federstrichen aus der Welt schafft.

Gau Erfurt.

Von Nordhausen wird berichtet, daß von der Rieburger Baufirma Sievers & Co., die in Nordhausen die große Erziehungsanstalt baut, die einschlägigen Arbeitskräfte planmäßig ausgespart werden. Die Firma beschäftigt nur fremde und besonders drückende und unorganisierte Maurer. Wenn wirklich einmal ein organisierter einschlägiger Maurer dort Arbeit erhält, so wird er alsbald wieder entlassen, sobald die Firma merkt, mit wem sie es zu tun hat. Um das durchsetzen zu können, sucht die Firma fortwährend durch auswärtige Zeitungen, Maurer, die freilich, wenn sie auf die Anzeige hin hierherkommen, auch meistens wieder weiter wandern müssen. Anstehend ist es der Firma nur darum zu tun, immer frische Arbeitskräfte zu haben. Unsere Kollegen haben versucht, die von der Firma beschäftigten Leute zu sprechen und mit ihnen gemeinsam gegen diese Praktiken vorzugehen; leider ist das bisher gescheitert. Um jedoch der Unzufriedenheit und arbeiterfeindlichen Firma den Zutritt von frischen Arbeitskräften abzuschnitten, warnen wir alle Kollegen, auf die Suche der Firma einzugehen. Wo Maurer nach Nordhausen (oder auch nach Rieburg) gesucht werden, hat man es sicher mit Sievers & Co. zu tun; bei dieser Firma sollte jezt aber kein Kollege um Arbeit nachfragen.

Gau Magdeburg.

Die Sperre über das Geschäft des Herrn Panzer in Gardelegen, der den Mauern zumute, seine Submissionslöhne auszubaden, konnte mit vollem Erfolge beendet werden.

Gau Stralsburg.

Der Unternehmer Schüttler in Stralsburg weigert sich, den vertraglichen Lohn zu zahlen. Er führt Arbeiten an der Mantelfassfaserne aus, die deswegen gesperrt worden sind.

Fliessenleger.

Großfeld. Die hiesigen Blattenlegende wollen den für das Blattenlegergewerbe in Rheinland und Westfalen abgeschlossenen Tarifvertrag nicht anerkennen. Die Kollegen haben deswegen den Streik beschlossen. Es handelt sich nur um zwei Geschäfte mit 18 Kollegen.

Die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1908.

Gau Berlin.

(Der Gau umfaßt den größten Teil der Provinz Brandenburg und die daran liegenden Teile von Polen, Westpreußen, Mecklenburg und der Provinz Sachsen.)

Im Lohngebiet Groß-Berlin ist die Bautätigkeit im ersten Halbjahr noch weiter bedeutend zurückgegangen. Dieser Rückgang ist nicht nur in der privaten Bautätigkeit

zu verfahren, deren Ursachen ja jedem in dem Mangel an Geld und in der alles erschütternden Wirtschaftskrise bekannt sind, sondern wir müssen auch einen Rückgang der städtischen und kommunalen Bautätigkeit konstatieren. Aber wenn auch allen Beteiligten die geringere Beschäftigung täglich recht deutlich vor Augen tritt, so ist es in einem so großen Wirtschaftsgebiet doch schwer, den Grad der verminderten Bautätigkeit einwandfrei in Zahlen auszudrücken. Hier dürften uns die Zahlen der in Krankentafeln verzeichneten Maurer eine der Wirklichkeit ziemlich nahe kommende Grundlage bieten, wenn man den Prozentfuß der doppelt Versicherten davon abzieht. Leider erschwert auch hier der Mangel einer Zentralisation der Krankentafeln im Bereiche Groß-Berlins eine umfassende Uebersicht.

Uns stehen nur die Zahlen der Berliner Ortskrankentafel der Maurer, der freien Hilfsklasse „Grundstein zur Einheit“, hiesiger Berlin und der Bauhandwerkerklasse zur Verfügung. Die Zentralkrankentafel „Grundstein zur Einheit“ besitzt aber in allen bedeutenden Orten des Lohngebietes hiesigen und viele Berufscollegen sind in anderen freien Hilfsklassen und in Orts- und Gemeindefassungen versichert. Die Zahl der in diesen Klassen versicherten Kollegen dürfte nicht viel geringer sein, wie die in den ersten genannten drei Klassen. Für den Vergleich kann nur das erste Quartal 1907 herangezogen werden, da im zweiten Quartal der Streik viele Versicherte zur Abreise veranlaßt hatte. Danach waren versichert:

Rasse	1. Quartal 1907	1. Quartal 1908	Weniger gegen 1907
Ortskrankentafel der Maurer	5574	4018	1561
Grundstein zur Einheit, hiesiger Berlin	7113	6258	855
Bauhandwerkerkrankentafel	2142	2110	32
Zusammen	14829	12381	2448

Wir glauben annehmen zu können, daß in den übrigen in Frage kommenden Klassen die Zahl der Versicherten in gleichem Maße zurückgegangen ist. Im zweiten Quartal ist die Arbeitslosigkeit nicht geringer geworden, so daß wir annehmen können, daß die Zahl der im Lohngebiete beschäftigten Kollegen um circa 6000 hinter den in den vorhergehenden Jahren Beschäftigten zurückbleibt. Diese Ansicht wird durch das Resultat der regelmäßig vorgenommenen Bautenkontrollen gestützt.

Von dem Grade des Rückganges unterrichten auch die beiden nachfolgenden kleinen Tabellen:

A. Baugenehmigungen in den ersten beiden Quartalen der Jahre 1906, 1907 und 1908.

	Berlin			Charlottenburg			Schöneberg		
	1906	1907	1908	1906	1907	1908	1906	1907	1908
1. Quartal	1945	1800	1700	129	167	124	47	27	11
2. „	1936	1748	1455	163	107	124	31	12	—
Zusammen	3878	3548	3155	292	274	248	78	39	—

B. Fertige Gebäude Neubauten in den ersten beiden Quartalen der Jahre 1906, 1907 und 1908.

	Berlin			Charlottenburg			Schöneberg		
	1906	1907	1908	1906	1907	1908	1906	1907	1908
1. Quartal	189	165	109	147	62	47	64	36	19
2. „	205	160	—	61	39	45	10	13	—
Zusammen	394	325	—	208	101	92	74	49	—

Der Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg sagt hierzu im ersten Quartalsbericht 1908: „Trotzdem das erste Quartal in der Regel die Höchstzahl an Baugenehmigungen aufweist, waren sie diesmal weniger zahlreich, als in irgend einem Quartal des vorhergehenden Jahres. Eine Zunahme der Bautätigkeit wird also auch für die nächste Zukunft nicht zu erwarten sein.“

Wann und ob bald eine Besserung eintreten wird, ist zur Zeit noch nicht zu sagen. Vorläufig ist die Wetterzeit außerordentlich ungünstig, das Baugeld ist noch sehr knapp und teuer. Aus dem Bericht des „Berliner Arbeiter-Grundstücker- und Hypothekensammlers“ für den Monat August geht hervor, daß die große Geschäftstille auf dem Hypothekensmarkt immer noch anhielt. Geld fehlte namentlich für erste Stellen und größere Abschnitte. Für zweite Stellen waren größere Kapitalien angeboten, doch nur zu erschwerenden Bedingungen erhältlich. Der Grundstückenmarkt lag ebenfalls still. Die erschwerte Kreditbeschaffung hemmte die Bautätigkeit, und Baustellen und Terrains blieben nach wie vor angeboten.

Dazu kommt, daß in fast allen zum Lohngebiete gehörenden bedeutenden Orten die Zahl der leerstehenden Wohnungen zunimmt. Uns stehen zur Zeit nur die diesbezüglichen statistischen Zahlen der Stadt Berlin zur Verfügung. Danach belief sich die Gesamtzahl der unermieteten Wohnungen auf 19 355, gegenüber 18 107 am Anfang des vorigen Jahres; es ist somit eine Zunahme von 3246 oder 24,77 pSt. zu verzeichnen. Für die mit Gewerberäumen nicht verbundenen Wohnungen ergibt sich eine Zunahme von 12 385 auf 15 290, das ist um 23,46 pSt. Die Größengliederung des Angebotes von mit Gewerberäumen nicht verbundenen Wohnungen zeigt eine Vervielfachung der kleinen Wohnungen von ein bis zwei Zimmern (12 670 = 82,86 pSt.), während der Anteil der Mittelwohnungen mit drei bis vier Zimmern ein Neuntel (11,62 pSt.), der der größeren Wohnungen mit fünf und mehr Zimmern 5,52 pSt. beträgt.

Als Zeichen für eine Besserung der Lage auf dem Bauplätze sprechen nur wenige Momente. So lief vor einigen Wochen eine Meldung durch die Presse, daß die Zementwerke für 1909 große und bedeutende Lieferungen abgeschlossen hätten. Andererseits stehen die Baumaterialien im Preise recht niedrig, wodurch bei manchem die Kaufkraft angeregt werden dürfte. In der ersten Hälfte des Monats März 1906 kosteten Gießermauerwerke erster Klasse ab Platz das Tausend M. 81 bis 83, in der zweiten Hälfte

des Monats Juli 1907 M. 21 bis 22, und zur selben Zeit dieses Jahres M. 18,75 bis 20,50.

Die zweitgrößte Stadt unseres Landes ist Posen. Hier ging die Bautätigkeit in besorgniserregender Weise zurück. Nach dem Ergebnis der Bautenkontrollen wurden im August 1906: 1191, 1907: 1119 und 1908: 601 Gefallen beschäftigt. Die staatlichen Bauten gegen der Vollendung entgegen und bieten nur noch einzelnen Beschäftigung. Die private Bautätigkeit hat ganz bedeutend nachgelassen, insbesondere sind die sogenannten Baupfandanten fast gänzlich verschwunden. Baugelder sind immer noch nicht unter 8 bis 8½ pSt. zu haben. Dazu kommt, daß hier die Baumaterialien sehr teuer sind, was durch die Gründung eines Ringes der Ziegeleibesitzer und Materiallieferanten verursacht ist. Im Hinblick auf die Bautätigkeit nachgelassen hat, geht aus folgender, aus amtlichen Veröffentlichungen stammender Zusammenstellung hervor. Danach wurden errichtet:

Bauzeitungsjahr	Hauptgebäude	Nebengebäude	Unter der Gesamtzahl Wohngebäude	mit Wohnungen
1902/1903	91	31	84	1189
1903/1904	112	54	126	1675
1904/1905	181	66	124	2071
1905/1906	188	51	161	2238
1906/1907	102	28	107	1483
1907/1908	79	29	87	835

Die Bautätigkeit in den übrigen Lohngebieten unseres Landes sind wir, des Raumes wegen, genötigt, mehr summarisch zu beschreiben. Die im August jedes Jahres in jedem Lohngebiet und bei jedem Unternehmer vorgenommene Bautenkontrolle macht es uns möglich, zahlenmäßig den Grad der Bautätigkeit darzustellen. Nur im Posenischen Teil konnte diese Aufnahme in 14 Lohnbezirken aus Mangel an Zeit, an Organisation und an Verbindung noch nicht durchgeführt werden.

Zahl der im August jedes Jahres beschäftigten Maurer in nachfolgenden Lohngebieten, ausschließlich Groß-Berlin.

	Zahl der Bewerben eingeliefert	In den Jahren		
		1906	1907	1908
Nähere Umgebung von Groß-Berlin	8	1430	1414	1118
Die Bauffig	15	3918	4006	3559
Oderbruch und Reimark	11	1312	1296	1252
Udermark und Medienburg	6	708	696	751
Wienig und die Gabeländer	6	1126	1299	1272
Rudenwalde, Rauch, Belgig	2	232	387	225
Probing Schalen	3	501	513	471
Probing Polen	7	2065	1969	1423
Summa	58	11292	11580	10066

B. In ländlichen Bezirken.

	Zahl der Beschäftigten	In den Jahren		
		1906	1907	1908
Mäherlimggend von Groß-Berlin	28	1322	1761	1344
Die Baufuß	13	914	1036	1154
Oderbruch und Reumarkt	24	899	944	905
Udermarkt und Medienburg	12	430	555	556
Wienig und die Gabeländer	16	614	704	717
Rudenwalde, Rauch, Belgig	16	769	906	824
Probing Schalen	14	708	738	791
Probing Polen	22	1613	1710	1612
Summa	145	7269	8364	7903

Danach waren in 58 städtischen und industriellen Bezirken gegen das Vorjahr 1514 und in 145 ländlichen Bezirken 451, oder zusammen 1965 Kollegen weniger beschäftigt. Zusammen mit dem Lohngebiete Berlin ergibt sich daraus, daß in diesem Jahre über 8000 Berufscollegen weniger im Bau beschäftigt sind, und daß somit die Bautätigkeit um über 20 pSt. zurückgegangen ist.

Der die Bautätigkeit in den einzelnen Bezirken prüft, der findet, daß sie sich — wie es überhaupt nicht anders sein kann — nach ökonomischen Gesetzen gestaltet. Lohngebiete mit städtischen und industriellen Charakter weisen einen Rückgang auf, während die Bezirke mit landwirtschaftlicher Struktur dem Vorjahre noch ziemlich die Wage halten. Wenn auch einige Gebiete einen Rückgang um 451 der Beschäftigten aufweisen, so steht das Jahr 1908 immer noch um 450 über dem Jahre 1906.

In folgenden Bezirken ist ein erheblicher Rückgang eingetreten: Berlin, Fürstenwalde, Potsdam, Spandau, Finsterwalde, Forst, Guben, Senftenberg, Sarau, Spremberg, Gerswalde, Landsberg, Neuruppin, Brandenburg, Rudenwalde, Elsterwerda, Posen und Gnesen.

Bessere Arbeitsverhältnisse gegenüber dem Vorjahre hatte Götthaus infolge Wohnungsmangels, Croßen durch allgemeine Privatbauten, Ezerenberg durch den Bau einer Heilanstalt, Tempin und Bittenberge, letzter durch gestiegenen Wohnungsbau, der durch den Bau der Singer-Nähmaschinenfabrik hervorgerufen ist, Rathenow durch Erbauung der Kanalisation und Meseritz durch den Erweiterungsbau der Zementanstalt ufm.

Die in den ländlichen Bezirken vorliegenden Arbeiten sind fast ausschließlich Wirtschaft- und Wohngebäude, die den landwirtschaftlichen oder den damit im Zusammenhang stehenden Betrieben dienen sollen. Die materiellen Ursachen dieses Vorganges sind allgemein bekannt. Das Anhalten der erhöhten Preise für landwirtschaftliche Produkte läßt erwarten, daß die Bautätigkeit in diesen Bezirken auch im nächsten Jahre noch anhalten wird.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Schriftenversand: Mit dem „Grundstein“ ist zugleich an die Zweigvereine versandt worden:

- das Verbandsjahrbuch für 1907;
- „Gochonfunkur und Wirtschaftskrise“, eine Schrift von M. Schippel;
- „Erhebungen bei den Sommer- und Winterbauten im Jahre 1906“, herausgegeben von der Zentralkommission für Bauarbeiterfrage;
- die Agitationsflugblätter, soweit sie nicht als besondere Sendung abgegangen sind.

Zweigvereine, die diese Schriften mit dieser Sendung nicht erhalten haben, müssen sofort Mitteilung machen.

Verbandskalender. Immer noch sind einige Zweigvereine mit den Kalenderbestellungen im Rückstand. Soweit sie überhaupt noch auf Kalender reflektieren, müssen die Bestellungen jetzt sofort ausgegeben werden.

Sterbezahl. Darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden:

- das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Hinterlassung ausbezahlt ist.

Unterstützungsanweisungen wurden in der Zeit vom 7. bis 19. September für folgende Mitglieder erteilt:

Herrn Baugner-Breslau (Frau), Verb.-Nr. 16086; Adolf Fröhling-Nürnberg, 166061; Aug. Steinmetz-Hannover, 32142; G. Ballotat-Berlin (Frau), 9995; G. Richter-Dresden (Frau), 19073; Fritz Kunde-Dubitz (Frau), 143586; Aug. Merin-Gr.-Neuenhof (Frau), 74951; W. Ludwig-Stahfurt, 102159; G. Umbach III.-Gaffel, 58491; Frdr. Secht-Merzbach (Frau), 268621; Joh. Knopp-Dresden, 19503; Gg. Schmidt-Damburg, 200463; Ant. Pfeiffer-Waldenburg i. Schlef., 181976; Johann Grohmann-St. Johann, 394960; G. Gerbarth-Galle, 25397; G. Wehling-Duisburg, 65041; Ad. Kraus-Mannheim, 317770; Gg. Weininger-Nürnberg, 168904; Heinrich Schulz-Gamburg (Frau), 28107; R. Bloigt-Wilsnad, 107511; G. Weidenhammer-Galle (Frau), 807848; Hermann Wolff-Berlin, 7557; Franz Franke, Deutsch Billa, 210565; Jul. Giese-Bernau, 95366; Herrn. Eichner-Guben (Frau), 75421; Heim. Feichtling-Lingen, 277780; K. Abel-Düffeldorf, 138222; Aug. Ludwig-Blagau, 71981; Chr. Dittl-Karlshagen (Frau), 286684; K. Kauter-Polen, 245503; G. Ringmann-Schönbach i. Schlef. (Frau), 75375; Hermann Wähler-Gelsenburg (Frau), 66053; Adolf Gietel-Neumarkt i. Schlef. (Frau), 329276; Karl Dittsch-Dahlen, 261503; Ernst Strauch-Berlin (Frau), 502100; Gg. Erdmann-Frankfurt a. M. (Frau), 306259; Paul Straßer-Breslau (Frau), 16894; Heinrich Lüders-Anstaden, 51503; J. Gradowiat-Polen, 44213; Joh. Kerber-Polen (Frau), 44138; K. Albrecht-Genshin (Frau), 227859; D. G. Clausniger-Dresden (Frau), 138826; W. Schöpe-Mainz (Frau), 40611; Otto Mählberg-Erfurt (Frau), 101116; G. Heinemeyer-Gameln, 231108; W. Fr. Höll-Karlshagen (Frau), 131778; Ad. Müller IV.-Mannheim, 285300; W. Giegemann-Uedersleben (Frau), 105072; K. Richter-Byritz, 184015; W. Schwab-Billingen, 98236; W. Wehrhans-Gamburg, 26280; Aug. Schmidt-Gaputh, 58175; Heinrich Gehrke-Bremerhaven, 55785; G. Brining-Mannheim (Frau), 261910; Gg. Müller-Hannover (Frau), 31381.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Reichenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 15. bis 21. September 1908 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Annaberg M. 140, Althei 200, Rue 200, Planenburg a. Harz 400, Gelle 838,40, Geln 1400, Gelmisch 800, Gohlitz 400, Golberg 200, Doffau 350, Gellertwerda 50, Erfurt 350, Grimma i. S. 175, Goltzberg i. Schlf. 140, Grolau 200, Heidelberg 700, Harburg 150, Gennidendorf 130, Gamseln 400, Kiel (Neumann) 10, König 250, Köpeln 100, Langensalza 150, Mannheim 1000, Wülheim-Oberhausen 700, Roffen 100, Neuhardenberg-100, Nordenham 300, Oberglogau 22, Potsdam 800, Rehau 200, Schmiedeb. 100, St. Johann 800, Wegelad 200, Werder a. d. S. 500, Würzburg 400, Wittstock 61,30, Weisenfels 3, Jährze 65.

b) Für Futurale.

Gelle M. 2, Goltzberg i. Schlf. 1.

c) Für Kalender.

Bergeborf M. 15, Hensburg 25, Erfurt 50, Goltzberg i. Schlf. 10, Mannheim 100, Rönneburg 12,50, Nordenham 25.

Vom Verbandsvorstande beauftragt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Mitgliedsbuch eingekauft haben und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Paul Wolf II. - Breslau (Verb.-Nr. 16384), August Schoff-Mabensburg (32298), Albert Kauter-Gerne (53810), J. B. Fuchs-Magdenburg (366013), Albert Kauter-Röhndorf (405489), Joh. Thurnam-Gemlich (425902), Oskar Frankel-Hamburg (203288), Angelo Stela-Sagen (Karte-Nr. 4615), G. Scharenberg-Gelsenkirchen (Karte-Nr. 18879), R. Diche-Frankfurt a. M. (20223), Karl Glöbe-Königsberg i. Pr. (80736), Paul Kuntze-Dortmund (108597), August Lagann-Hannover (163412), Aug. Adler-Berlin (268054), Hans Beber-Nürnberg (804799), Otto Möbius-Großborn (359191), Ant. Wittmann-Augsburg (433793), Wili Schulz-Büdingen (447976), Jul. Rüd-Grünberg i. P. (75841), Heim. Schwan-...

Grünberg i. P. (75 842), Hof. Schwitz-Dirschel (37 978), Gust. Rißke H. Freyhan (89 905), Ed. Meißner-Berach (145 680), Dr. Stoppel-Reich (854 240), Otto Zankner-Geslerwerda (387 621), Aug. Schumann-Nordhausen (395 261), Dr. Heiderich-Gumbinnen (405 128), Karl Franz-Königsberg i. Pr. (Ritter-Pr. 3477), Dehio Giovanni-Karlshof (Ritter-Pr. 11 205), Eng. Stelb-Sultgart (Ritter-Pr. 14 846), Ant. Sühner-Göhlen (219 879), Otto Haupt-Mittweida (278 652), B. Wellen-Berlin (316 712), W. Neumann-Berlin (375 150), W. Döwle-Mörsitz (38 780).

Warnung. Der am 14. Januar 1886 zu Merseburg geborene Maurer Paul Sander (Mitgliedskarte Nr. 9678) hat sich am 25. Juli 1908 in Halle a. S. die Mitgliedschaft in unserem Verbandsverbande beschafft, daß er tatsächlich, die seine Aufnahme nicht zulassen, verheimlicht. Seine Mitgliedschaft wird hiermit aufgehoben; die Mitgliedskarte ist ihm abzunehmen.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 27 b des Statuts vom Zweigverein Kiel: L. Olber (Verb.-Nr. 146 309), L. Olber (146 632), Nordenham: Gustav Ramm (457 233), Heinrich Sahn (472 060), Johann Klusmann (501 566), Friedrich Kahlmann (125 867), Robert Jäger (101 780), A. Lange (395 312), R. Olau: Otto Krüger (182 755).

Ausgeschieden, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Bochum: Gustav Pippert, geboren am 31. März 1870 zu Barmen, August Kahl, geboren am 11. Juli 1885 zu Bochum, Duisburg: Hermann Gierlein, geboren am 25. Juni 1880 zu Essen (Verb.-Nr. 184 493), Theodor Wolf, geb. am 1. Dezember 1870 zu Stargard (27 598).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen des Gauvorstands.

Gau Berlin.

In sehr vielen Zweigvereinen unseres Gau's können nur an den Sonntagen Versammlungen abgehalten werden. Um nun alle Vereine — soweit sich die Notwendigkeit ergibt und soweit rednerische Kräfte zur Verfügung stehen — von der Herbsttagung zu veranlassen, hat der Gauvorstand noch für eine Reihe von Vereinen Sonntagsversammlungen arrangiert.

In diesen Versammlungen soll daselbst Thema behandelt werden, das für die vom Verbandsvorstande ausgeschriebenen Versammlungen der geschlossenen Agitationstouren vorgesehen ist, nämlich: **Wirtschaftliche Krisen, ihre Ursachen und Wirkungen.**

Auch diesen Versammlungen soll eine Hausagitation, verbunden mit der Verteilung eines Flugblattes, vorausgehen. Außerdem soll der Zweigvereinsvorstand vor jeder Versammlung mit den Redatoren und mit dem Referenten eine Sitzung abhalten, in der über wichtige Fragen der Organisation, der Agitation und der Verwaltung beraten werden soll.

Wir ersuchen die Zweigvereinsvorstände und die Mitglieder, für das Gelingen der Agitation und für den guten Besuch der Versammlungen recht eifrig Sorge zu tragen.

Referenten sind die Kollegen: Mag. Anton, Karl Gercke, Karl Gohle, Otto Hauke, Karl Hauke, Otto Gaele, Wilh. Kersten, Markus Kracht, Hermann Krüger, Emil Rehmann, Otto Rehmann, Wilh. Ramm, Otto Waret, Richard Marks, Heinrich Wetzke, Fritz Wulke, Karl Stegemann, Emil Thöns, August Wartenberg und Albert Wulke.

Versammlungen.

Sonntag, den 27. September.

Wiesenthal	nachm. 3 Uhr	Mühlentee	nachm. 3 Uhr
Wienandorf	" 3 "	Wienandorf	" 3 "
Wienandorf	" 3 "	Schönwalde i. d. M.	" 3 "
Gr. Neeren	" 3 "	Straßburg	" 3 "
Gr. Schönbeck	" 2 "	Wannsee	" 3 "
Hersdorf	" 2 "	Witten	" 3 "
Dransdorf	" 3 "	Wernsdorf	" 2 1/2 "
Germendorf, in	" 3 "	Wienandorf	" 3 "
Dransdorf	" 3 "		

Sonntag, den 4. Oktober.

Baruth	vorm. 9 1/2 Uhr	Friedrichsdorf	nachm. 3 1/2 Uhr
Gohle	nachm. 3 "	Schöpfung	vorm. 11 "
Wetzke	vorm. 10 1/2 "	Geiermühle	nachm. 3 "
Wetzke	nachm. 4 "	Kropfschütz	" 3 "
Budow	nachm. 10 "	Jahna, i. Jahna	" 2 "
Münchberg	nachm. 3 "	Wienandorf	" 3 "
Friedrichsdorf	vorm. 10 "	Witten	" 3 "
Storfow	nachm. 3 1/2 "	Witten	vorm. 11 "
Gr. Neeren	vorm. 10 1/2 "	Witten	nachm. 2 "
Wetzke	nachm. 3 "	Witten	" 2 "
Wienandorf	vorm. 10 "	Friedrichsdorf	" 2 "
Dreß	nachm. 3 "	Gütersee	" 2 "
Friedrichsdorf	vorm. 10 "		

Sonntag, den 11. Oktober.

Angermünde	nachm. 3 Uhr	Regin	nachm. 2 1/2 Uhr
Angermünde	" 3 "	Fremmen	" 2 "
Goragast	" 3 "	Apitz	" 2 "
Goragast	" 3 "	Lieberose	" 2 "
Goragast	" 3 "	Lieberose	" 2 "
Goragast	" 3 "	Lieberose	" 2 "
Goragast	" 3 "	Lieberose	" 2 "
Goragast	" 3 "	Lieberose	" 2 "
Goragast	" 3 "	Lieberose	" 2 "
Goragast	" 3 "	Lieberose	" 2 "

Sonntag, den 18. Oktober.

Lyck	nachm. 3 1/2 Uhr	Ortrand	nachm. 1 1/2 Uhr
Lyck	" 2 "	Blau	" 2 "
Lyck	" 2 "	Blau	" 2 "
Lyck	" 2 "	Blau	" 2 "
Lyck	" 2 "	Blau	" 2 "
Lyck	" 2 "	Blau	" 2 "
Lyck	" 2 "	Blau	" 2 "
Lyck	" 2 "	Blau	" 2 "
Lyck	" 2 "	Blau	" 2 "
Lyck	" 2 "	Blau	" 2 "

Sonntag, den 25. Oktober.

Neppen	nachm. 3 Uhr	Schöpfung	nachm. 2 1/2 Uhr
Neppen	" 3 "	Schöpfung	" 2 1/2 "
Neppen	" 3 "	Schöpfung	" 2 1/2 "
Neppen	" 3 "	Schöpfung	" 2 1/2 "
Neppen	" 3 "	Schöpfung	" 2 1/2 "
Neppen	" 3 "	Schöpfung	" 2 1/2 "
Neppen	" 3 "	Schöpfung	" 2 1/2 "
Neppen	" 3 "	Schöpfung	" 2 1/2 "
Neppen	" 3 "	Schöpfung	" 2 1/2 "
Neppen	" 3 "	Schöpfung	" 2 1/2 "

Sonntag, den 1. November.

Templin	nachm. 3 Uhr	Wienandorf	nachm. 2 1/2 Uhr
Templin	" 3 "	Wienandorf	" 2 1/2 "
Templin	" 3 "	Wienandorf	" 2 1/2 "
Templin	" 3 "	Wienandorf	" 2 1/2 "
Templin	" 3 "	Wienandorf	" 2 1/2 "
Templin	" 3 "	Wienandorf	" 2 1/2 "
Templin	" 3 "	Wienandorf	" 2 1/2 "
Templin	" 3 "	Wienandorf	" 2 1/2 "
Templin	" 3 "	Wienandorf	" 2 1/2 "
Templin	" 3 "	Wienandorf	" 2 1/2 "

Der Gauvorstand. J. A. S. Silberstein.

Gau Hamburg.

Außer den in voriger Nummer des „Grundstein“ bekanntgegebenen Versammlungen finden solche noch in den nachbenannten Orten statt. Auch in diesen Versammlungen soll das Thema: **Wirtschaftliche Krisen, ihre Ursachen und Wirkungen** erörtert werden. Die Versammlungen sollen Mitgliederversammlungen sein und als außerordentliche Generalversammlungen bezeichnet werden. Nichtmitglieder können eingeführt werden. Die Einberufung der Versammlungen ist Sache der Zweigvereinsvorstände. Zur Teilnahme dürfte es sich empfehlen, sogenannte Laufzettel herzustellen und jedem Mitgliede ins Haus zu bringen. Den Referenten ist seitens der Zweigvereinsvorstände mitzuteilen, in welchem Lokal und zu welcher Tageszeit die Versammlung stattfindet.

Referent: Paul Meisenburg, Hamburg 21, Osterstraße 34, 2. St. 6, 2. Et.

Burgelube	Sonntag, 3. Oktober, abends 8 Uhr
Bevenien	Sonntag, 4. Oktober, nachm. 4 "
Geisler	Sonntag, 11. Oktober, nachm. 4 "
Wienandorf	Sonntag, 17. Oktober, abends 8 "
Wienandorf	Sonntag, 18. Oktober, nachm. 3 "
Wienandorf	Sonntag, 24. Oktober, abends 8 "
Wienandorf	Sonntag, 25. Oktober, nachm. 4 "

Referent: Fr. Kläßen, Altona, Seidenstr. 11, 2. Et.

Wienandorf	Sonntag, 3. Oktober, abends 8 Uhr
Wienandorf	Sonntag, 4. Oktober, nachm. 3 "
Wienandorf	Sonntag, 11. Oktober, nachm. 3 1/2 "
Wienandorf	Sonntag, 17. Oktober, abends 8 "
Wienandorf	Sonntag, 18. Oktober, nachm. 3 1/2 "
Wienandorf	Sonntag, 25. Oktober, nachm. 4 "

Referent: F. Brodtmann, Kiel, Fährstr. 24, Zimmer 14.

Holtenau	Sonntag, 3. Oktober, abends 8 Uhr
Geisler	Sonntag, 4. Oktober, nachm. 3 "
Wienandorf	Sonntag, 10. Oktober, abends 8 "
Wienandorf	Sonntag, 11. Oktober, nachm. 4 "
Wienandorf	Sonntag, 17. Oktober, abends 8 "
Wienandorf	Sonntag, 18. Oktober, nachm. 11 "
Wienandorf	Sonntag, 25. Oktober, nachm. 4 "

Referent: Aug. Steiniger, Hamburg 1, Weidenbörcherhof 56.

Obeslo	Sonntag, 3. Oktober, abends 6 1/2 Uhr
Mölin	Sonntag, 4. Oktober, nachm. 3 "
Mölin	Sonntag, 11. Oktober, nachm. 4 "
Mölin	Sonntag, 17. Oktober, abends 8 "
Mölin	Sonntag, 18. Oktober, nachm. 4 "
Mölin	Sonntag, 25. Oktober, nachm. 4 "

Ref.: Wilhelm Koch, Hamburg 1, Weidenbörcherhof 56.

Wienandorf	Sonntag, 3. Oktober, abends 8 Uhr
Wienandorf	Sonntag, 4. Oktober, nachm. 4 "
Wienandorf	Sonntag, 11. Oktober, nachm. 4 "
Wienandorf	Sonntag, 17. Oktober, abends 8 "
Wienandorf	Sonntag, 18. Oktober, nachm. 4 "
Wienandorf	Sonntag, 25. Oktober, nachm. 4 "

Referent: Hugo Kober, Hamburg 1, Weidenbörcherhof 56.

Grabow	Sonntag, 26. Septbr., abends 8 1/2 Uhr
Neubaus a. d. Elbe	Sonntag, 27. September, nachm. 3 "
Siedersdorf	Sonntag, 31. Oktober, abends 8 "
Rappin a. d. Elbe	Sonntag, 1. November, nachm. 4 "
Wienandorf	Sonntag, 7. November, abends 7 1/2 "
Wienandorf	Sonntag, 8. November, nachm. 3 "
Wienandorf	Sonntag, 14. Novbr., abends 8 "
Wienandorf	Sonntag, 15. November, nachm. 3 "
Wienandorf	Sonntag, 16. November, abends 8 "

Referent: Wilh. Danne, Altona.

Dörfelhof	Sonntag, 4. Oktober, nachm. 4 1/2 Uhr
Wienandorf	Sonntag, 11. Oktober, nachm. 4 "
Wienandorf	Sonntag, 18. Oktober, nachm. 4 "
Wienandorf	Sonntag, 25. Oktober, nachm. 4 "

Der Gauvorstand. J. A. S. Hugo Kober.

Gau Nürnberg.

Außer den in voriger Nummer des „Grundstein“ ausgegebenen Versammlungen finden solche noch in nachbenannten Orten statt, für die daselbst gilt, was für die übrigen Versammlungen in der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes gesagt ist.

Referent: H. Engelhardt, Nürnberg, Juliuspromenade 3.

Reichard	Sonntag, 11. Oktober, vorm. 10 1/2 Uhr
Reichard	Sonntag, 12. Oktober, nachm. 4 1/2 "
Reichard	Sonntag, 13. Oktober, abends 6 "
Reichard	Sonntag, 14. Oktober, nachm. 7 "
Reichard	Sonntag, 15. Oktober, nachm. 7 "
Reichard	Sonntag, 16. Oktober, nachm. 7 "

Der Gauvorstand. J. A. S. Joh. Merkel.

Berichte.

Angenehme Kaffeezer.

Der Maurer L. Kippenhan hat in seiner Eigenschaft als Kassierer der Baufeld-Verbandskasse, Zweigverein Mannheim, M. 48,50 Hauptkassen- und M. 32,16 Lokalkassengelder unterschlagen. Kippenhan wurde dafür am 19. August von dem Amtsgericht Weinheim zu acht Tagen Gefängnis verurteilt.

Der Maurer Gg. Gerbold, Kassierer der Baufeld-Verbandskasse, Zweigverein Mannheim, hat M. 117,90 Hauptkassen- und M. 55,89 Lokalkassengelder unterschlagen. Gerbold wurde dafür am 3. September von dem Amtsgericht in Ludwigsfelde zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Berlin. (Sektion der Gips- und Zementbranche.) Die Sektion hielt am 18. September in den „Neuen Arminhallen“ eine gut besuchte, außerordentliche Generalversammlung ab, um zu den Tarifverhandlungen mit der Organisation der Unternehmer Stellung zu nehmen. Wie der Vorsitzende, Kollege Gaele, ausführte, haben die Unternehmer in ihrer Versammlung am Mittwoch, den 9. September, einen neuen Verband für das Betonbaugewerbe gegründet, in dem sich die namhaftesten Beton- und Eisenbetonbaugesellschaften unter dem Namen „Verband der Berliner Beton- und Eisenbaugesellschaften“ zusammengeschlossen. Dieser Verband hat nun in einem Schreiben an unsere Sektion beantragt, mit ihnen einen Abbruch eines Tarifvertrages für das Betonbaugewerbe zu verhandeln. Durch Annahme dieses Antrages wird eine Trennung des bestehenden Tarifvertrages vorgenommen, da bis jetzt für alle in der Gips- und Zementbranche beschäftigten Kollegen nur ein Vertrag mit dem Berliner Betonbaugewerbe abgeschlossen war. Die dem alten Betonverein als Mitglieder angehörenden Unternehmer der Baufeldbranche haben bis zur Zeit nichts von sich hören lassen, obwohl im § 10 Absatz 7 des am 1. Oktober ablaufenden Tarifvertrages vorgesehen ist, daß im Juli, spätestens im August die Schlichtungskommission zum Vorgehen zu treten hat, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das nächste Arbeitsjahr zu regeln. Der Sektionsvorstand hat sich in seiner Sitzung mit dem Antrage des Verbandes der Betonbaugesellschaften beschäftigt und beschlossen, diesen Antrag anzunehmen, und eine Kommission von fünf Kollegen zu wählen, die mit dem neuen Verband zu verhandeln hat. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen für die Annahme des Vorschlages des Verbandes aus. Es wurden mehrere Einträge gestellt, die die Zahl der Kommissionmitglieder um mehrere Kollegen aus der Zementbranche, für die ja vornehmlich die Arbeitsbedingungen festgelegt werden, zu verkleinern. Die Versammlung beschloß einstimmig dem Antrage des Sektionsvorstandes, zu die Kommission gemäß wählen, die Kollegen Otto Gaele, Karl Gohle, Rudolf Grundmann und Gustav Scherbach von der Sektion; als fünftes Mitglied der Kommission wurde der Kollege Wilhelm Koch vom Verband der Baufeldarbeiter an. Unter „Verschiedenes“ wurde ein Antrag des Vorstandes, betreffend die Erhaltung der Arbeitslosenmarkte an Kollegen, die länger als sechs Wochen arbeitslos sind, angenommen. Danach werden von der Sektion arbeitslosen Kollegen an jedem Kollegen die Beitragsmarken für die fernere Dauer seiner Arbeitslosigkeit aus der Lokalkasse der Sektion gezahlt. Voraussetzung hierzu ist, daß sich die Kollegen jede Woche einmal am Mittwoch, Donnerstag oder Freitag von vormittags 9 bis nachmittags 5 Uhr in einer der Bezirksstellen oder im Arbeitsnachweis der Sektion von 5 bis 7 Uhr abends, unter Vorlegung seiner Arbeitslosenkarte, zur Kontrolle melden. Dieser Beschluß hat, vom Tage der Annahme an gerechnet, für das Jahr 1908 auf sechs Wochen rückwirkende Kraft, so daß also den Kollegen, die bis zur 30. Beitragswoche in diesem Jahre bereits sechs Wochen arbeitslos gewesen sind, von der 30. Beitragswoche an die Arbeitslosenmarken ausbezahlt wird. Die aus der Kasse der Sektion zu zahlenden Beitragsmarken werden nur vom Kassierer der Sektion geleistet. Ferner machte der Vorsitzende bekannt, daß im Oktober die Wahlen der Weisiger zum Gewerbeamt in Berlin stattfinden, und da in diesem Jahre zum ersten Mal nach dem System der Verhältniswahl gewählt wird, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, der in Berlin wohnt oder arbeitet, daß er sich an dieser Wahl beteiligt. Als Kandidat zum Weisiger für das Gewerbeamt wurde der Kollege Gustav Scherbach, Gemeindevorsteher, einstimmig nominiert. Hierauf erfolgt Schluß der Versammlung.

Chemnitz. Am 15. September fand hier eine gut besuchte öffentliche Mauerwerkerversammlung statt. Lieber „Die Bedeutung der Mauerarbeit für die Arbeiter“ referierte Kollege Richard Koch aus Leipzig. Er ging in seinem Vortrage alle die schädlichen Begleit- und Folgeerscheinungen der Mauerarbeit im Baugewerbe durch. Mauerarbeit im Baugewerbe führt zu unregelmäßiger Arbeitszeit, besonders zur Nichteinhaltung der Pausen, zur Vornacharbeit, Förderung der Arbeitslosigkeit. Mauerarbeit übt eine geradezu mörderische Wirkung auf die Gesundheit der Arbeiter aus, erziehe zur Außerachtlassung der elementarsten Einrichtung in Bezug auf Unfallverhütung und damit zur Steigerung der Unfallgefahren. Für die Arbeiter bedeute Mauerarbeit Lebervergiftung und direkte Ausbeutung der Kollegen. Unsolide Bauweise und Mauerarbeit gehen Hand in Hand, wie wiederholt Hauseinfälle beweisen haben. Selbst das „Scharfmaderblatt“ die Post habe jüngst aus diesem Grunde Befestigung der Mauerarbeit im Baugewerbe gefordert. Der Redner rief deshalb unter Hinweis auf Verbandsratsbeschlüsse die Kollegen zu energischem Vorgehen gegen die Mauerarbeit auf. In der zum Teil stürmischen Debatte verlangten mehrere Redner vollständige Befestigung der Mauerarbeit im Chemnitzer Zweigvereinsgebiet durch einen Versammlungsbeschluss. Ein dahingehender Antrag wurde aber vom Referenten und mehreren Rednern bekämpft mit der Begründung, daß persönliche Einwirkung auf die Kollegen erfahrungsgemäß erfolgreicher sei; die Kollegen hätten sich nur nach den Verbandsratsbeschlüssen zu richten. Der Antrag, die Mauerarbeit gänzlich zu verbieten, wurde deshalb mit großer Majorität abgelehnt. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde beschlossen, diesen Winter Unterrichtsabende einzuführen, wozu sich jeder Kollege beteiligen möge.

Darmstadt. Am 10. September tagte hier eine außerordentliche Versammlung des Zweigvereins. Kollege Schüler berichtete über die Verhandlungen des Verbandstages, und Kollege Delp referierte über die Statutenänderungen und Kommissionsbeschlüsse. Aus den Referaten konnte man erkennen, daß die Verhandlungen zum Wohle der Organisation geführt wurden. Hierauf referierte Delp über: „Die nächsten Aufgaben der Organisation und Agitation“. Zunächst betonte er, daß die Vorbereitung für die nächste Versammlung der Arbeiter im Herbst sehr wichtig sei, obwohl um 4 Uhr die Feierabendzeit sei und die Unternehmer den Kollegen nichts in den Weg legen könnten. Aber den Kollegen fehle es an Mut; sie wollten dadurch, daß sie weiter arbeiteten, lieber anders werden, sonst seien die Kollegen der Spielball der Unternehmer; das sehe man an dem Verhalten zweier hiesigen Firmen, bei denen die Kollegen den ganzen Tag angetrieben werden. Auch den Fall der Größelheimer Kollegen an der neuen Schule berührte Delp; diese Kollegen seien durch ihr Verhalten mit ihrem Lohn von 40 s auf 42 s heruntergekommen. Die Kollegen müßten sich aufpassen und geschloßen zusammenstehen. Weiter sei für den 5. Oktober eine Agitationsversammlung vorgesehen, in der Gausleiter Werfel aus Nürnberg spricht. Schon jetzt müßten die Kollegen für Massenbesuch agitieren. Unter „Verschiedenes“ wurden die Kollegen Delp und Reibel als Delegierte zu der am 20. September in Offenbach stattfindenden Kartellkonferenz gewählt. Sodann wurde die von 100 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

Donaueschingen. Samstag, den 12. d. M., hielten wir im „Schwan“ in Allmendingen eine gut besuchte Bauarbeiterversammlung ab. Kollege Siegel aus Singen hielt ein Referat über: „Die gegenwärtige Lage der Bauarbeiter, und wie sie dieselbe zu verbessern?“ Rechner legte in seinem nahezu einstündigen Vortrage die traurige Lage, in welcher wir uns befinden, die Kräfte und wie die Unternehmer dieselbe ausnützen, klar und wies dann darauf hin, daß auch in hiesiger Gegend es notwendig ist, daß die Organisation festen Fuß faßt. Der Vortrag sowie die Ausführungen der Kollegen Mhl aus Singen und Bernauer von hier wurden mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde auf Antrag des Kollegen Gärtner beschloßen, vorläufig eine Zählstelle zum Zweigverein Singen zu bilden. Als Vertretungsmann wurde Genosse Bernauer, als weitere Verwaltungsmitglieder die Kollegen Gärtner und Deierlein gewählt. Zum Schluß forderte Kollege Siegel alle Anwesenden auf, eifrig für die Organisation einzutreten und mit allen Kräften dafür zu agitieren. Beiträge werden jeden Sonntag vormittags von 9 Uhr ab im „Schwan“ in Allmendingen eingebracht, wofür vorläufig auch der „Grundstein“ in Empfang genommen werden kann.

Anschließend an obigen Versammlungsbericht möchten wir kurz auf die Zustände, wie sie in Donaueschingen liegen, hinweisen. Wie ja auch im „Grundstein“ schon darauf hingewiesen wurde, ist fast die halbe Stadt abgebrannt, so daß gegenwärtig die Aufräumungsarbeiten im vollen Gange sind und auch teilweise mit dem Wiederaufbau begonnen wird. Daß in gegenwärtiger Zeit Arbeiter aus allen Himmelsgegenden nach hier kommen, ist selbstverständlich; daß aber auch mitunter Elemente kommen, die es sonst nirgend aushalten, ist ebenso selbstverständlich. Darum haben wir uns veranlaßt, eine Versammlung einzuberufen, damit sich die Kollegen kennen lernen und Gelegenheit erhalten, ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Da die Löhne hier nur schwer oder gar nicht zu erhalten sind, so müssen die Kollegen oft über eine Stunde Weges von und zu der Arbeitsstelle zurücklegen. Die Löhne betragen für Maurer 40 bis 48 s pro Stunde, ein Lohn, der in diesem Orte kaum zum Notwendigen ausreicht. Der Mangel an allem macht sich sehr nach der Brandkatastrophe, noch fühlbarer denn je, zumal Donaueschingen schon vorher als teurer Ort bekannt war. Die Unternehmer werden auch hier alles versuchen, um die Löhne so niedrig wie möglich zu halten. Rechner hat auch schon das Lohnkalkulationssystem hier Fuß gefaßt, und es sollen auch organisierte Kollegen, die aus dem bayerischen Unterland zugezogen kamen, dabei beteiligt sein. Alles, was Bauarbeiter ausbeutet, ist noch im argen. Die Beschäfte, die während der kommenden Saison sehr voll sein werden, werden die Unfallversicherungsbeiträge und militärischen Verordnungen eingehalten werden sollen. Den zugerechneten Kollegen und den etwa noch zuweisenden möchten wir ans Herz legen, sich bei ihrem bisherigen Zweigverein abzumelden und sich hier im oben erwähnten Lokale abzumelden. Versammlungen werden alle vierzehn Tage abgehalten.

Im bayerischen Oberland ist, wie von den Orten in anderen Gegenden berichtet wurde, ebenfalls ein bedeutender Rückgang der Bauaktivität zu verzeichnen. In den aufstrebenden Industrieregionen Singen und Badolzell wurden diesen Sommer über kaum die Hälfte der in den letzten Jahren beschäftigten Maurer und Bauhilfsarbeiter beschäftigt. Die ledigen Kollegen zogen es vor, die Gegend zu verlassen; die benachteiligte Schicht bot etwas bessere Arbeitsgelegenheit. Die Kollegen, die gezwungen waren, am Orte zu bleiben, konnten in den Landorten bis jetzt Beschäftigung erhalten. Obgleich es überall nicht an bedürftigen Arbeitern mangelte, zogen es einzelne Unternehmer vor, Italiener einzustellen, und die deutschen Kollegen konnten aufsehen, wie diese Elemente, die weder für die Organisation zu gewinnen sind, noch sonst sich an eine geregelte Arbeitsweise gewöhnen wollen, ihnen die Arbeit vor der Nase wegnehmen. In dem hiesigen Industrieort Arlen-Vielafingen, dicht an der Schweizer Grenze gelegen, wurde diesen Sommer auch ein Schulhaus gebaut. Die Schulvorrichtungen liefen dort, wie im allgemeinen, viel zu wünschen übrig. Die Unternehmer mühen die Kräfte so gut wie möglich aus. Die wenigen Banken, die existenzfähig wurden, wurden einfach zusammengekauft. Zeitweise wurden kleinere Häuser an eine Karle Widler (b. h. Unorganisierte) in Afford gegeben. Die Arbeit, die hergepflegt wurde, spottet jeder Beschreibung. Auf einem Bau mußten die Affordmänner ihre Arbeit, nachdem sie aufgemauert war, pugen; in solcher Weise war das einen Stein starke Mauerwerk hergestellt. In einem anderen kleineren Wohnhaus mit Oekonomengebäude wurde eine Stallwand auf den bloßen Rasen betoniert, ohne nur

einen Spatenstich Fundament auszuheben. Es ist allerdings nicht zu verwundern, daß solche Dinge vorkommen; denn tüchtige, gelernte Maurer sind den Landbauern meistens zu teuer, zumal bei den Submissionen noch bis zu 14 pSt. abgeboten wird, folglich muß man sich mit Pfuschern behelfen, mit Leuten, die jedem Stein seine drei vorchriftsmäßigen Streiche geben müssen, bis er sitzt. So und ähnlich sieht es noch an anderen Orten aus. Bauhufen gibt es nur in den seltensten Fällen; Verbandsgewerk ist keines zu erhalten. Dabei wagen es noch solche Künstler von Maurern, Kollegen, die sie auffordern, der Organisation beizutreten, und im Punkt Gerüstwesen usw. gewissenhafter zu arbeiten, beim Kratzen zu denutzieren, als Faulenzer hinzustellen, wenn sie nicht mit ihrer Wurstelei einverstanden sind. Die Aufmaurer M. und D. aus Worblingen mögen sich dieses samt ihrem Unternehmer merken. Daß solche Zustände eingezeichnet sind, haben auch unsere organisierten Kollegen mitgeschuldet. Anstatt die nichtorganisierten Kollegen aufzufordern, sich zu organisieren, bestimmet man sich nicht darum; ja, teilweise wird mit diesen Elementen noch die Freundschaft gepflogen. Wenn die Unternehmer in Zukunft nicht mit uns machen wollen, was ihnen beliebt, d. h. den Lohn verkürzen sollen, so ist es höchste Zeit, daß sich die Kollegen aufraffen, die Versammlungen besser besuchen und gemeinsam an der weiteren Ausgestaltung der Organisation mitarbeiten. Zwe deshalb jeder seine Pflicht!

Julda. Wenn unsere Kollegen etwas von Julda hören, so wird es ihnen schon schwarz vor den Augen, besonders denen, die aus hiesiger Gegend in der Fremde weilen. Das Odium, das auf unserer Gegend lastet, ist einestheils bedenklich. Hier ist es den Gewalten der Finsternis, den Feinden der arbeitenden Klasse mehr als in irgend einem anderen Orte von gleicher Größe und Bedeutung gelungen, die ihr zu durchbrechen. Die gesellschaftliche und politische moderne Arbeiterbewegung ist noch schwach und jung; was aber die Gauphase ist, ist sie jetzt wenigstens vorhanden. Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind dementsprechend erbärmlich zu nennen, daher auch überall ein stummes Sehnen nach Gerechtigkeit. Nun hat man ja hier seitens der Profittmacher diese Gefahr rechtzeitig erkannt, hat geeignete Subjekte angekauft und recht viele Papageien gezüchtet. Diese beziehen naturgemäß ihre ganze geistige Nahrung aus der Deliktatessenhandlung von W. Glabach und helfen nun grammophonartig die ortsübliche öffentliche Meinung zu fabrizieren. Die wahren alleinsehmachenden christlich-sozialen-nationalen usw. Gesellschaften werden hier in den höchsten Tönen der Heiligkeit und als sicheres Alibi für die Hebung des Arbeiterstandes angepriesen. Diese Neflame hat auch früher einmal gezogen. Doch mit Prägen läßt sich kein Hunger stillen. Inzwischen fühlt es mancher, dessen Deut- und Arbeitsverhältnisse nicht vollständig erstorben ist. Doch scheint ihnen gegenwärtig die Zeit zum entschloßenen Handeln nicht geeignet, Furcht und Angst herrschen noch zu viel. Der ursprüngliche, ortsübliche Herdentrieb steht noch sehr tief, es richtet sich einer noch zu viel nach dem anderen. Keiner will der erste, ein jeder der letzte sein. Es fehlt an starken Charakteren. Der Druck der Jahrhunderte ist zur Gewohnheit geworden. Für Einzelkämpfe mag letzteres als Entschuldigend gelten für Fremde aber nicht. Trotzdem muß man oft das traurige Schauspiel erleben, daß zugereichte und modernen Arbeiterbewegung tätige waren, hier ihren Herdenn- und ihre Scherenscheitern (den Mantel nach dem Winde hängen) hervorheben und aus übertriebenem Pessimismus die Förderer des Rückschritts sind. Auch unsere Kollegen, die draußen in der Fremde ganz anders sind, als in der Heimat, klappen hier oft leiber aufkommen und tragen ihre Ueberzeugung wohlverwahrt im tiefsten Winkel ihres Innern. Zur Entschuldigend hört man dann oft hören: „Ja, hier ist's nun einmal so, hier ist nichts los! Nichts zu machen! Bei wem soll man sich denn anmelden? Zu wem kann man denn gehen? Woher seine Beiträge zahlen? Ich bekomme Streich in der Familie! Das ganze Dorf spricht darüber! Ich bekomme heimlich. Die ledigen Kollegen sagen: Wenn es bekannt wird, daß ich dem „roten“ Verband angehöre, dann gibt sich kein Mädchen mehr mit mir ab usw. Die Verheirateten sagen: Ja, wenn ich noch ledig wäre, dann ließe ich es mir gefallen! Da wäre ich gleich dabei. So aber — die Frau — Auch habe ich ein Haus, Acker, Vieh und dergleichen. Auf den und jenen bin ich angewiesen, und der läßt mich im Stich, sobald er es herauskriegt. Es geht nicht mehr! Auch daß die das Maurerhandwerk als Neben-erwerb betreiben und in der Gauphase Landwirte sind, spielt eine große Rolle. Sehr viele haben die Auerbe, daß sie bald Hammer und Säge zur Seite legen und sich auf dem Gute ihrer Väter ihr Auskommen verschaffen würden. Wenn es uns aber vergönnt sein sollte, noch zwanzig Jahre zu leben, so könnten wir diese Kollegen noch immer als Maurer antreffen und könnten von ihnen immer dieselbe Auerbe hören. Daß die jetzigen Zustände reformbedürftig sind, geben sie ohne weiteres zu. Sie fühlen auch, daß die Verarmung trotz allem Fleiß immerwährend fortgeschreitet, daß der Abstand zwischen Armut und Reichtum immer größer wird. Daß sich das gesamte werktätige Volk gegen solche ungerechte Zustände wehren muß, ist ihnen ohne weiteres klar; auch daß man sich dazu mit seinen Schicksalsgenossen vereinigen, organisieren muß. Ja, wenn sie alle so dächten, wenn sie alle handelten, dann täte ichs auch. So liegen sich noch viele Auerbe und Lamentos niederzulegen, aber die angeführten mögen genügen. Kollegen! Auf einen Gieb fällt kein Baum! Zudem kein so alter und Inorrigier. Alle diese Gründe sprechen nicht gegen, sondern für die Organisation. Hekt endlich einmal zur Beseitigung dieser schmachvollen Zustände beitragen. Ihr, die Ihr kein weiteres Eigentum mehr besitzt, als eure Arbeitskraft, Ihr habt zu aller-erst die Pflicht, mitzuarbeiten. Aber auch Ihr, die Ihr noch so glänzend seid, Acker und Vieh euer eigen zu nennen, lernt endlich einsehen, daß dadurch euer ganzes Dasein mit langer und harter Arbeit ausgefüllt wird. Die unendlichen Mühen, die Ihr mit euren Frauen und Kindern in der Landwirtschaft aufwendet, kommen lediglich den reichen Profittmachern zu gute; denn sie können euch dafür um so leichter entloshen. Sie sparen höhere Böhne für euch, die sie unbedingt an nichts bestehende Proletariat ausgeben müßten. Bei der gemeinsten weiten Entfernung vom Arbeitsort ist die Arbeitszeit viel zu lang. Abends zu Hause an-

gekommen, gehts hier noch einmal los. Zum Verzeir wird meistens das Fahrrad benutzt, dessen Unterhaltung bei der tagtäglichen Benutzung in Wind und Wetter auch manche Unkosten erfordert. Diese Schilberungen und Aufmunterungen gelten nicht nur für Julda, sondern auch für dessen nähere und weitere Umgebung, Schlichtern, Gersfeld, Gersfeld, Lauterbach, Salitz, Alsfeld usw. Wie die Dinge nun einmal hier liegen, ist uns die Abhaltung von größeren Versammlungen vollständig unmöglich. Teils des Kleinbürtigen, teils, die man der aufwärtsstrebenden Arbeiterbewegung von allen Seiten in den Weg legt. Unsere ganze Organisationsarbeit muß deshalb in Kleinarbeit bestehen, die aber desto energischer und intensiver betrieben werden muß. Wenn so ein jeder, der mit den heute bestehenden ungerechten Zuständen nicht einverstanden ist, seine volle Schuldigkeit tut, so können wir getrost in die Zukunft schauen. Gar manche der erwähnten Bezirke hat eine Zukunft, z. B. Reulhof mit seinem Kalmeret und Elm mit seiner Zementfabrik usw. Es dürfte uns daher in absehbarer Zeit, wenn die jetzigen dunklen Pfad zu freieres Julda zu gestalten zum Wohl der in hiesiger Gegend so zahlreich wohnhaften Kollegen sowie der Gesamtarbeiterbewegung. Alle in der Fremde weilenden Kollegen, die im Winter nach Hause zurückkehren, wollen sich beim Unterzeichneten anmelden, damit sie im Laufe des Winters ihre Zeitung erhalten können.

Nikolaus Schmitt,
Am Bahnhof 86, 2. Et., gegenüber dem Kornhaus.

Samburg. Der hiesige Zweigverein hielt am 10. September seine Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Das Ansehen der versammelten Kollegen Schmidt, Gogolod, Grünher, Widmann, Filler und Hormann wurde in der üblichen Weise begrüßt. Der seit längerer Zeit erkrankten von je A. B. bewilligt. Den Bericht vom Verbandstages in Hannover erhaltete eingehend Kollege Siegel. In der Diskussion erwähnte Genosse, daß der Hauptvorstand bei Abschluß des Tarifvertrages gegen das Statut verstoßen habe; man müsse sich deshalb nicht wundern, wenn auch einmal die Zweigvereine diesem Beispiel folgen werden. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen muß Rechner aber zugeben, daß unter den gegebenen Verhältnissen der Hauptvorstand nicht anders handeln konnte. Wenn nun dem Ausgang der Berliner Lohnbewegung die Hauptrolle an dem gegenwärtigen Zustand beigemessen werde, so dürfte man aber nicht verkennen, daß von bestimmter Stelle stets hervorgehoben wurde, die Berliner müßten unter allen Umständen mit der Verkürzung der Arbeitszeit unter neun Stunden voran. Ebenfalls konnte sich Rechner mit dem § 37 Absatz 3 des Statuts nicht einverstanden erklären, daß bei Vergehen gegen die Verbandsinteressen, außer Ausschluss, bei milderen Umständen nimmere auch Geldstrafen verhängt werden können. Er sei Gegner der Errichtung eines Verbandsheuses. Schreiber war mit dem Verlauf des Verbandstages nicht einverstanden, wie er auch weiter ein Feind von langjährigen Tarifverträgen ist, weil dadurch die Gefahr nahe liege, daß die Kollegen einschummern, wodurch der Organisation nicht gedient ist. Der Leipziger Kollege Willig war mit dem Vorgehen des Vorstandes einverstanden und sprach seine Freude über die Ruhe und Sachlichkeit der Versammlung aus. Von sei es nicht möglich gewesen, den Leipziger Kollegen plausibel zu machen, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen der Hauptvorstand nicht anders handeln konnte. Noch ergänzte kurz die Ausführungen Siegel und erwähnte, wenn auch auf dem Verbandstage die Gemüter recht oft hart aufeinander gepackt seien, so waren sich darüber alle Rechner klar, daß nur die Einigkeit uns über alle Hindernisse hinwegführen könne. Gasse stimmte ebenfalls dem Vorgehen des Vorstandes in Bezug auf die Lohnbewegung zu, konnte sich aber nicht mit der Fassung des § 37 Absatz 3 des Statuts einverstanden erklären. Garmann nahm die Berliner Kollegen in Schutz, und war der Ansicht, wenn wir bei der letzten Lohnbewegung den Kampf gewagt hätten, wäre es uns nicht besser ergangen. In seinem Schlussworte ging Kollege Siegel ausführlich auf alle erhobenen Einwendungen ein und erwähnte die Kollegen, nimmere geschlossen an dem weiteren Ausbau der Organisation mitzuarbeiten. Zu dem am 10. Oktober in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses stattfindenden Stiftungsfest wurde beschloßen, dieses mit einem Unterhaltungsabend zu verknüpfen. Als Eintrittsgeld soll nur für Herren 30 s erhoben werden. Ueber die augenblicklich vom Zweigverein verhängten Sperren berichtete Garmann. Bei dem Unternehmer Seidler waren unsere Kollegen durch die fortgesetzte Schikanierung und das Verbot der Führung einer Wunde am Bau gezwungen, von dem Mittel der Arbeitsstellenstellung Gebrauch zu machen. Die Versuche, die Baustellen von Arbeitswilligen rein zu halten, sind leider nur vier Tage gelungen, indem dann die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ die Baustelle besetzten, wog der Vorstand derselben und später auch die Versammlung ihre Einwilligung gegeben hat. Wie aus dem im „Samburger Fremdenblatt“ veröffentlichten Bericht zu entnehmen ist, ist die Sperre als unberechtigt erklärt. Ob man nun auf fester Seite glaubt, dadurch den verübten Streikbruch in anderem Lichte erscheinen zu lassen, ist kaum anzunehmen. Darüber werde auch die „Freie Vereinigung der Arbeiter Samburgs“ nicht hinwegkommen, daß sie nach den vorliegenden Beweisen den gelben Gewerkschaften gleich zu achten ist, nur mit dem Unterschied, daß sie letztere frei zum Streikbruch kennen, während sich die „Freie Vereinigung“ noch in der Öffentlichkeit hinstellen will, als habe sie den Klassenkampf auf ihre Fahne geschrieben. Die Sperre wurde aus diesem Grunde als ungesetzlich erachtet. Wegen Nichtzahlung der Löhne mußte die Sperre verhängt werden über die Staatsbauten der Unternehmer Quast, Reiter in Oldorf und über die Bauten der Firma Krüger in Wandsbek. Differenzen sind vorhanden bei der Firma Riene, Schulhausneubau Formmannstraße. Dort hat der Polier Schanze die Arbeiten als Zwischenmeister in Afford übernommen und treibt die Kollegen zu immer intensiverer Arbeitsleistung an; auf die Qualität der Arbeit wird nicht acht gegeben. Nur wenn ein Bauarbeiter kommt, dann heißt es: „Er kommt, fügen dich mach!“ Weitere

Sperten bestehen über die Stettiner Chamottegesellschaft und den Maschinenmeister der Plattenfirma Carlsen & Hansen.

Niel. Mittwoch, den 16. September, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die erfreulicherweise gut besucht war. Der Referent, Kollege Robert aus Hamburg, behandelte in einem anderthalbstündigen Vortrag das Lehrlingswesen. Er beleuchtete in genügender Weise, wie gerade in unserem Beruf die Lehrlingszukunft bedrückt wird. Es sei dem Unternehmer nicht um ordnungsgemäße Ausbildung der Lehrlinge, sondern lediglich um die billige Arbeitskraft zu tun. Durch Zahlenbeispiele wurde nachgewiesen, daß in allen Gauen den Gesellen prozentual zu viel Lehrlinge gegenüberstehen, so daß trotz der jetzigen längeren Arbeitszeit von einer praktischen Ausbildung nicht die Rede sein kann. Weiter wurde angemerkt, daß auch auf theoretischem Gebiet viel zu wünschen übrig sei. Nach Tageslohn und Arbeit seien die Sinne abgestumpft und der Lehrling sei nicht mehr im Stande, sich noch in den späten Abendstunden mit dergleichen Sachen zu befassen. Der Lehrlingsausbeuteer entgegenzutreten sei nicht so leicht, aber bei gutem Willen der Kollegen könnte man doch Mittel und Wege zur Abhilfe finden. So müßte z. B. der Zweigvereinsvorsitzende in ständiger Fühlung mit dem Gesellenauschmittgliede der Handwerkskammer stehen. Ferner sollte man auf den Arbeitsplätzen den heranwachsenden jungen Mann nicht wegwerfend behandeln, sondern ihn in allen Sachen aufzuklären versuchen, wie zum Beispiel über Bauarbeiterethik und die erste Hilfe bei Unfällen. Auch auf politischem Gebiet müßte man versuchen, den Lehrling schon frühzeitig für uns zu gewinnen. Dies alles könne man einem jungen Mann leicht beibringen. Am Schluß seiner Rede krönte der Redner seinen Vortrag mit dem Hinweis, daß die Lehrlingszukunft nicht allein von der Arbeiterschaft, sondern auch von der Regierung abhängt. In der weiteren Tagesordnung wurde die Abrechnung vom Stiftungsfest beraten, die mit einem Defizit von 109 abschloß. Dasselbe wird aus der Kasse abgedeckt. Sodann wurden die beiden Kollegen Oberer nebst Sohn wegen Streikbruchs ausgeschlossen. Einem Kollegen, der seit Jahren von einem unheilbaren Leiden befallen wurde, wurde von den Versammelten eine sofortige Unterstützung von 150 zu teil. Des weiteren wurde ihm ein Weihnachtsgeld von 100 in Aussicht gestellt. Hierauf wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Leipzig. Am 8. September tagte hier eine Mitgliederversammlung. Kollege Busch gab den Bericht vom Verbandstage und führte folgendes aus: Auf diesem Verbandstage ging es lebhafter zu als sonst. Der Bericht hat teils schon in der Presse erschienen, aber es ist Pflicht der Mitglieder, sich ein Bild davon zu machen, damit man alles genau verfolgen kann, was dort beschlossen wurde. Die Extrabeiträge müssen bis Oktober beglichen sein, andernfalls der Ausschuß erfolgen muß. Die Unterrichtskurse sollen bestehen bleiben; auch können einzelne Kollegen an der Parteischule teilnehmen, wenn sie die nötigen Kenntnisse besitzen. Ferner sollen im Herbst Agitationsversammlungen stattfinden. Die Gehalte der Beamten sind wieder auf dem Verbandstage geregelt worden. Die Wahlen zum nächsten Gewerkschaftsorgane werden so geregelt, daß Leipzig und Dresden zusammen einen Delegierten wählen. Die Arbeitslosenmarken sollen in Zukunft lokal geregelt werden. Die hiesige Zeitung wird beauftragt, in dieser Sache eine Tabelle auszuarbeiten und der nächsten Versammlung vorzulegen. Wenn auch nicht alles nach unserem Wunsch dort ausgefallen ist, kann man doch sagen, daß der Unwille der Kollegen aus Gehör gefunden hat, da in Zukunft anders verfahren werden soll. Da nun der Verbandstag in der Tarifangelegenheit gescheitert ist, treten die drei Delegierten dafür ein, sich den Beschläüssen zu fügen, und in Leipzig den Tarif zu unterzeichnen. Die Kollegen verließen allmählich den Saal, und als abgestimmt wurde, fand sich noch keine Mehrheit für die Unterfertigung. Der zweite Punkt mußte ausfallen, da die Zeit vorgeschritten war. Den Mitgliedern wird noch das Jahrbuch der deutschen Maurer von 1907 empfohlen.

Leipzig. Am 15. September tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die mittelmäßig besucht war. Kollege P. Mariasticht berichtete von der letzten Kartelltagung. Dabei kam die Sekretariatsangelegenheit zur Sprache. Unsere Vertreter erklärten, daß der Beitrag, der bisher gezahlt wurde, weiter gezahlt werden muß. Sie wünschten aber, daß bis zum 1. April 1909 eine gleiche Zahlung aller Gewerkschaften herbeigeführt wird. Dann erstattete der Vorsitzende den Bericht vom Verbandstage, den die Kollegen mit Beifall entgegennahmen. Nach einer Aussprache über die Agitation zu den allgemeinen Versammlungen und über die Tätigkeit der Bauobereordneten erfolgte Schluß der anregenden Versammlung.

Witten. Sonnabend, den 12. dieses Monats, tagte unsere Mitgliederversammlung, die einberufen worden war, um den Bericht vom Verbandstage entgegenzunehmen. Der Delegierte, Kollege Eigentopf aus Martrantstadt, war auch rechtzeitig benachrichtigt worden, aber er teilte uns auf einer Karte mit, daß er Sonnabends keine Zeit habe, wir sollten die Versammlung Sonntags abhalten. Die Versammlung war darüber recht unwillig. Die Kollegen meinten, daß sich der Delegierte nach dem Zweigverein richten müsse, aber nicht dieser nach ihm. Aber die Mitglieder warteten nicht allein auf ihren Delegierten, sondern auch auf ihren Vorsitzenden, der es aber vorzog, zu ruhen, statt zur Versammlung zu kommen. Nun hätte doch eigentlich der stellvertretende Vorsitzende eingreifen müssen, aber er glänzte ebenso wie der erste Vorsitzende durch Abwesenheit. Auch der Schriftführer fehlte, so daß von der ganzen Verwaltung nur eine Person in der Versammlung war, und das war der Kassierer. Es ist eine alte Tatsache, daß die Altkamer Maurerorganisation ein Schmezzensnütz in der Bewegung der umliegenden Ortschaften ist; wenn nun aber solche Zustände herrschen, daß die Vorstandsmitglieder den Versammlungen fern bleiben, so kann man behaupten, daß wir die Aufgabe der mitleidigen

Zustände in der Verwaltung zu suchen haben. Kollegen, am 10. Oktober findet nun wieder unsere Mitgliederversammlung statt; es ist nun zu wünschen, daß sich die Kollegen etwas besser daran beteiligen; denn es ist eine Schmach, wenn von 140 Mann nur 20 die Versammlungen besuchen. Die große Mehrheit unserer Kollegen scheint auch noch nicht zu wissen, welches unser Verlehrs- und Versammlungsort hier in Witten ist; denn sonst müßte doch das Arbeiter Kasino von den Maurern besser unterhalten sein. Offenlich ändern die hiesigen Kollegen ihre Mindeverbereinsgedanken etwas und wenden sie mehr der Arbeiterbewegung zu.

Wemmingen. Unser Zweigverein hielt Sonntag, den 13. September, eine außerordentliche Versammlung ab, die gut besucht war und in der Kollege Birnhammer aus Münden über die gegenwärtige Lage der Bauarbeiter referierte und Bericht über den Verbandstag zu Hannover erstattete. Der Referent führte in anderthalbstündiger Rede den Kollegen die gegenwärtige Lage klar vor Augen; auch der Bericht über den außerordentlichen Verbandstag wurde mit großem Interesse aufgenommen. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine Ausführungen.

Witten a. d. R. Den Kollegen zur Nachricht, daß sich unser Lokal nun wieder auf der alten Stelle, im neu erbauten Gasthof des Genossen Haberland, Schmiedestraße 10, befindet. Die Kollegen werden ersucht, nur hier zu versammeln. Am 4. Oktober findet die Einweihung des neuen Lokals statt.

Wismar. Mittwoch, den 16. d. M., tagte unsere regelmäßige Versammlung, die leider wie immer nur schwach besucht war. Zunächst fand die Wahl des ersten Vorsitzenden statt, die notwendig war, weil unser Kollege Wölter den Ort verließ. Gewählt wurde Kollege Bient. Hierauf erstattete Kollege Wespel den Bericht vom Verbandstage, der mit Interesse von den Kollegen entgegengenommen wurde. Alle waren mit der Haltung ihres Delegierten zu den wichtigsten Beschlüssen einverstanden. Zu der Gewerkschaftsförderung wurde als Delegierter der Kollege Bient gewählt. In der Beschlüssen wurden die Kollegen aufgefordert, die Bestellung auf Jahrbuch, Kalender und Prospekt zu machen, die jedoch nur im bescheidenen Maße erfolgte.

Witzsburg. Am 13. September tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die gut besucht war. Kollege Baplow aus Gumburg hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über das Thema: „Die Arbeiter als Klasse“, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Hierauf machte der Vorsitzende einige Mitteilungen; besonders warnte er, bei dem Bauunternehmer Kaspar Potler in Arbeit zu treten, weil dieser an zwei Kollegen 71.50 fälligen Lohn nicht zahlen konnte. Auf der Gerichtsollstreckerei wurde unserem Geschäftsführer gesagt, daß wiederholte Forderungen bei Potler erfolglos waren. Bei einer Sperre, die am 2. September über die Baufirma Strack & Cie. verhängt werden mußte, ist der Kollege W. Müller von Randersdorf in Arbeit geblieben. Die Sperre konnte nach 2½ Stunden wieder aufgehoben werden. Der Zweigvereinsvorsitzende hatte sich dann noch mit dem Kollegen Müller besprochen, weil sein Verhalten unkollegial war und die mitbestehenden Kollegen empört hat. Hierzu stellte der Zweigvereinsvorsitzende an die Versammlung den Antrag: „Von den schärfsten Maßnahmen gegen Müller wird Abstand genommen, jedoch wird sein Verhalten anlässlich der Sperre bei Strack stark mißbilligt, und es wird ihm eine Rüge erteilt.“ Der Antrag fand einstimmige Annahme. Zur Kenntnis der Versammlung wurde ferner gebracht, daß alle Kollegen, die bis zum Schluß des dritten Quartals ihre Extrabeiträge noch nicht bezahlt haben, wegen Schulden gestrichen werden. Mit dem Appell, auch die nachfolgenden Versammlungen recht zahlreich zu besuchen und in der Agitation nicht zu erlahmen, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Isolierer und Steinhölzer.

Leipzig. Am mißverständlichen Auffassungen vorzubeugen, berichtigt der Vorstand den Bericht in der vorigen Nummer des „Grundstein“ dahin, daß den Streikenden in Celle 800 in zwei Raten von je 400 als Unterstützung ausbezahlt worden sind.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 13. bis 19. September sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin 1000, Wilmersdorf 6. Berlin 300, Werder a. d. Havel 250, Mühlentor 200, Groß-Bickesfeld 200, Gröbenheim 100, Wiefenburg 1. d. M. 100, Sebba (Bez. Halle) 100, Alt-Westlin 100, Zorgevol 100, Wittenau 5. Berlin 100, Schweidener 100, Königsberg 1. d. M. 100, Rindow 1. d. M. 100. Summa 2850. Zufußlieh erhielten: Halle a. d. Saale 400, Straßburg 1. d. Havel 100, Mühlentor 100, Hörde 100, Gersdorf 100, Wierstadt 60. Summa 850.

Altona, den 19. September 1908.

Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 67.

Zur Beachtung.

Die Formulare zur Aufstellung der Abrechnung des dritten Quartals nebst Nachtrag II zum Statut sind an die örtlichen Verwaltungen versandt worden. Sollten diese in einer Verwaltungsstelle nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir um sofortige Nachricht.

Der Vorstand, J. A. C. Reih.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Instanzen. Auf der Baustelle des Unternehmers Freundlich ereignete sich Sonnabend, den 19. September, ein beklauerlicher Unfall. Zur Herstellung eines Kanals für eine Dampfheizung, mußte eine Baugrube von 4 m Tiefe ausgehachtet werden. Neben der Baugrube befand

sich eine alte Mauer, die, wie sich nachher herausstellte, einem Gerölle als Widerlager diente. Nach der Freilegung dieser Mauer gab sie dem Druck des Gerölles nach und begrub den Maurer Wilt. Sofort unter sich, sofort ertitt einen Armbruch, Schlüsselbeinbruch und mehrere schwere Kopfverletzungen. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Görbe. Ein schwerer Unfall ereignete sich am 15. September d. J. an dem Garinbau an der Hermannstraße, den die Firma Peters & Mütter von hier ausführt. Der Bau besteht nur aus den Umfassungsmauern, von denen man eine Seitenfront und den Giebel an der Chauffeestraße hochgeführt hat. Ein Teil des Giebels ist nun eingestürzt, wobei ein älterer Arbeiter, der unten beschäftigt war, von den herabstürzenden Trümmern erschlagen wurde. Der Leutungsdrat der elektrischen Straßenbahn wurde ebenfalls durchgeschlagen, sowie eine große Spiegelreflektoren eines gegenüberliegenden Geschäfts. Der Unfall hätte noch größere Folgen haben können, wenn er etwas später, beim Lichtwechsel, erfolgt wäre. Es ist überhaupt unerhört, daß die Baupolizei sich um den Bau nicht schon früher gekümmert hat. Die Mauer stand völlig frei; denn Verbindungsmauern sind nicht vorhanden, dazu war das Gerüst, auf dem gearbeitet wurde, viel zu schwach. Ein Schutzgerüst an der Außenfront war nicht vorhanden. Die betroffenen Maurer, die nicht organisiert sind, arbeiten größtenteils in Afford. Daß die nötigen Vorkehrungsmaßnahmen nicht beachtet werden, ist klar, ebenso daß von diesen Leuten die tariflich festgelegte Arbeitszeit nicht innegehalten wird. Elf Stunden und noch darüber sind dort üblich. Herr Peters ist Vorsitzender des Arbeiterbundes der Ortsgruppe Görbe. Er ist aber stets bemüht, den Tarif zu umgehen. Unfähige Maurer will er nicht beschäftigen, jedenfalls aus dem Grunde, weil die für Ordnung auf den Baustellen sorgen. Wie weit er mit seinen unorganisierten Maurern kommt, sieht er ja sehr. Nützlich hat sich das Haus des Herrn Schlegel, wo ein Giebel unterfangen werden mußte, bedeutend gezeigt und große Misse bekommen, so daß Türen und Fenster nicht mehr geschlossen werden konnten. In den letzten Jahren ist es wiederholt zu Unfällen resp. Einstürzen bei genannter Firma gekommen, wobei es Tote und schwer Verletzte gegeben hat. Bei der unzureichenden Kontrolle, die seitens der maßgebenden Instanzen geleistet wird, läßt sich dies leicht erklären. Würden aus den Reihen der Bauhandwerker Baupolizisten gewählt, so würde mancher Unfall verhindert werden.

Thesbe. Am 16. September waren Zimmerer damit beschäftigt, am Wirtschaftsgelände der Kaserne den Dachstuhl aufzustellen. Der Zimmerer Hans Frederichsen, geboren am 11. November 1884 in Rönneburg, wollte einen Spaten über dem Treppenhof etwas herumlegen. Hierbei glitt das Ende des Spatens von der Mauer und rief den Zimmerer mit in die Tiefe. Frederichsen schlug in einer Höhe von 7 m auf eine Treppentstufe, wodurch ihm der Schädel vollständig eingedrückt wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein. Es ist fast ein Wunder, daß nicht schon eher ein Unglück passiert ist; denn der Treppenhof ist in der ganzen Höhe nicht abgedeckt. Und das an einem Regierunghaus! Was Wunder, wenn bei Privatbauten erst recht die Schutzvorrichtungen außer acht gelassen werden. Offenlich wird der Firma Benedek, die den Bau ausführt, einmal klar gemacht, wozu die Unfallversicherungsbeiträge da sind. Ebenfalls wäre eine Instruktionsstunde für den Baubeamten der Regierung, die die Aufsicht führt, sehr am Platze; denn auch von der Seite müßte darauf gedrungen werden, daß man den notwendigen Bestimmungen zum Schutze der Bauarbeiter nicht so offenkundig Mißachtung schenkt.

Riel. Ein Unglücksfall ereignete sich am 16. September, nachmittags gegen 4 Uhr, in Gärden auf dem Neubau der städtischen Mittelschule an der Brecher Chauffee. Die in diesem Frühjahr neu gegründete Kieler Beton-Gewerkschaft führt dort den Giebeln- und Deckenbau aus. Infolge einseitiger Belastung beim Schütten des Betons stürzte die untere Decke bis zur Sohle des Kellergeschosses herunter. Die auf der unteren Decke abgestellten nachfolgenden Decken wurden dadurch ihren Halt und stürzte ebenfalls in die Tiefe, den Arbeiter und vier Arbeiter mit sich reichend. Drei der Arbeiter haben außer einigen Hautabschürfungen keine nennenswerten Verletzungen erlitten. Dagegen mußten der schwerverletzte Polier und einer der Arbeiter mittels Sanitätswagen nach den Heilanstalten geschafft werden. Die beim Bau beschäftigten Arbeiter behaupten übereinstimmend, daß die Ausführung der Decken ziemlich mangelhaft vor sich gegangen ist; besonders sollen die Eisenanker, die im Afford arbeiteten, oft gezwungen gewesen sein, die Schalung viel zu früh wieder zu entfernen. Die Spannweite der Decke betrug 6,80 m ohne Träger und war nur durch Betonunterzüge verstärkt.

Auf dem Bau des Maurermeisters Scheel in der Theodor Storm-Straße, ereignete sich Freitag, den 11. September, ein schwerer Unglücksfall. Infolge Geröllebruchs stürzten der Maurer Nielsen und der Bauarbeiter S. Steen ab. St. trug neben anderen schweren Verletzungen einen Bruch des Halsbeins davon; Nielsen fiel auf ein Geländer und rief sich den Oberschenkel auf. Die beiden Verletzten wurden nach den Heilanstalten transportiert. Vor kurzer Zeit war Steen an demselben Bau, durch mangelhaftes Gerüst, verunglückt.

Schäfers Material ist es, was uns die Zentralkommission für Bauarbeiterkassen als Ergebnis der Erhebungen bei den Sommer- und Winterbauten im Jahre 1906 überreicht. Rund 160 Seiten Großformat füllen die Tabellen und die dazu gehörigen Ausführungen der Kommission. Mit der Gründlichkeit, die man von den früheren allgemeinen Berichten her gewohnt ist, hat der Sekretär der Kommission, Genosse G. Seinf, den gewaltigen Erhebungsstoff verarbeitet. Da das Werk zweifelslos viele eifrige Leser finden wird, so können wir uns auf die Wiedergabe einiger allgemeiner Punkte beschränken.

Es handelt sich um zwei Erhebungen, von denen eine im Juni, die andere im November des Jahres 1906 vorgenommen worden ist. Die Erhebung im Juni umfaßte in 359 Orten 9173 Baustellen, wovon 326 auf den Staat und 330 auf Kommunalbehörden entfielen. Beschäftigt waren auf diesen Bauten insgesamt 160 240 Arbeiter. Außerdem kontrollierte man noch 949 Werkplätze für Zimmerer, Steinbearbeitung usw. Von den mehr als 20 Fragen greifen wir nur einige heraus. Die Gerüste wurden in 7016 Fällen von

